

Inhalt	Seite
Rechtsform und Träger	5
Lagebericht der Nassauischen Sparkasse	6
Die Naspa und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen	7
Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet	7
Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz	8
Personalbericht	10
Wirtschaftsbericht	11
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
Geschäftsentwicklung	12
Dienstleistungsgeschäfte	13
Ertragslage	14
Finanz- und Vermögenslage	16
Eigenkapitalausstattung	17
Nachtragsbericht	18
Risikoberichterstattung	18
Prognosebericht	34
Gesamtaussage	37
Bericht des Verwaltungsrates	38
Jahresabschluss	41
Jahresbilanz	42
Gewinn- und Verlustrechnung	44
Anhang der Nassauischen Sparkasse	46
A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	47
B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz sowie zu den Posten unter dem Bilanzstrich	51
C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	61
D. Sonstige Angaben	62
Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse	72
Vorstand der Nassauischen Sparkasse	73
Anlage zum Jahresabschluss	74
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	75
Stellvertretende Vorstandsmitglieder für den Verhinderungsfall und Generalbevollmächtigte der Nassauischen Sparkasse	76
Impressum	77

Das Geschäftsjahr 2016

Rechtsform und Träger

Geschäftsbericht 2016, 177. Geschäftsjahr

Die Nassauische Sparkasse, führende Regionalbank in Hessen und Rheinland-Pfalz mit Sitz in Wiesbaden, ist hervorgegangen aus der im Jahre 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogthum Nassau“, Vorgängerin der Herzoglich-Nassauischen Landesbank.

Die Nassauische Sparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Diesen Zweckverband bilden die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis, der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis sowie der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.


Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, hat seinen Sitz in Wiesbaden und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen.

Lagebericht der Nassauischen Sparkasse


Die Naspa und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen


Die Nassauische Sparkasse (Naspa) mit Sitz in Wiesbaden ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT), Frankfurt am Main und Erfurt.

Träger der Naspa ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen sowie der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist in den Verbund der -Finanzgruppe Hessen-Thüringen integriert. Die Finanzgruppe besteht aus 50 Sparkassen, der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), der Landesbausparkasse (LBS) und der Sparkassenversicherung (SV). Das Verbundkonzept umfasst mehrere Elemente. Hierzu zählt neben der Festlegung eines einheitlichen Leitbildes und der strategischen Verbundziele auch ein gemeinsames Risikomanagement.

Ein weiteres Element des Verbundkonzeptes stellt der Reservefonds dar, welcher zusätzlich zum regionalen Sicherungsfonds von den Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie der Landesbank Hessen-Thüringen unterhalten wird.

Das Verbundkonzept trägt dazu bei, dass die Sparkassen, die Landesbank Hessen-Thüringen und die anderen einbezogenen Unternehmen als wirtschaftliche Einheit wahrgenommen werden. Nach außen erkennbar wird dies durch die Vergabe eines Verbundratings. So haben zwei unabhängige Ratingagenturen der -Finanzgruppe Hessen-Thüringen ein Bonitätsrating von A+ (Fitch) bzw. A/A-1 (Standard & Poor's) zuerkannt.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der -Finanzgruppe angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) anerkannt worden. Zur bisherigen Institutssicherungsfunktion wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion ergänzt. Kernelement ist das An-

sparen eines Zielvolumens von 0,8 % der gedeckten Einlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalles durch die BaFin geleistet werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst u. a. ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Die Naspa hat am 19. Dezember 2008 mit dem SGVHT einen Vertrag zur Veräußerung ihrer Tochtergesellschaft Naspa Dublin geschlossen. In diesem Zusammenhang wurde ein öffentlich-rechtlicher Begleitvertrag geschlossen, der für die Naspa bestimmte Auflagen enthielt, die zum Teil bis zum 31. Dezember 2015 befristet waren, und die Verteilung der Risiken zwischen der Sparkasse und dem SGVHT regelte. Vor dem Hintergrund des vollständigen Abbaus des ehemaligen Portfolios der Naspa Dublin haben die Parteien des öffentlich-rechtlichen Vertrages in einer Abschlussvereinbarung vom 23. November 2016 schriftlich fixiert, dass mit Ausnahme einer Zahlung gemäß Ziffer VIII aus dem Vertrag wechselseitig weder weitere Rechte noch Pflichten bestehen. Die Zahlung wurde vom SGVHT am 30. November 2016 geleistet, sodass der öffentlich-rechtliche Vertrag keine Rechtswirkungen mehr entfaltet.

Zum Jahresende 2015 hat die Naspa ihre Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds ausgelagert bzw. hierfür Deckungsvermögen gebildet. Einzelheiten hierzu haben wir im Anhang zum 31. Dezember 2016 dargestellt. Die Auswirkungen dieses Einmaleffektes schlagen sich im Vergleich der Zahlenwerke der Jahresabschlüsse 2015 und 2016 nieder und werden nachfolgend in verschiedenen Passagen des Lageberichtes kommentiert.

Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Naspa erstreckt sich über zwei kreisfreie Städte und sechs Landkreise in Hessen und Rheinland-Pfalz mit einer Gesamtfläche von rund 4.200 km² und über 2 Mio. Einwohnern. Neben ländlichen Gebieten sind vor allem Konzentrationen großer Industrie- und Dienstleistungsbetriebe in der Ballungsregion Rhein-Main anzutreffen. Im nördlichen Teil des Geschäftsgebietes, dem Westerwaldkreis, ist eine Vielzahl mittelständischer Familienunternehmen beheimatet.

Die Prognose zur langfristigen Entwicklung der Einwohnerzahl im Geschäftsgebiet ist positiv. Bis zum Jahr 2036 wird ein Anstieg um 5,4 % prognostiziert (zum Vergleich: Bundesdurchschnitt – 3,8 %; Hessen – 1,2 %), wobei sich die Struktur innerhalb der Bevölkerungspyramide erwartungsgemäß verändern wird. Die Anzahl der über 65-Jährigen wird voraussichtlich deutlich steigen, während die jüngeren Altersgruppen zum Teil deutlich abnehmen werden. Hierbei sind jedoch regional signifikante Unterschiede in der Entwicklung zu erwarten.

Die Naspas ist Teil einer sich dynamisch verändernden Bankenlandschaft, speziell im Privatkundengeschäft. Dazu kommt die Besonderheit, dass sich die Naspas aufgrund der historisch gewachsenen Gemengelage auch im Wettbewerb mit anderen Sparkassen befindet. Die Naspas setzt darauf, Qualitätsanbieter von Finanzdienstleistungen zu sein, und entwickelt in Erfüllung ihres öffentlichen Auftrages für alle Kunden die Möglichkeit einer echten Wahlfreiheit zwischen digitalen und stationären Angeboten. Sie hat diese Ansprüche in ihre strategische Ausrichtung gestellt. Der Fokus liegt dabei auf einem organischen und nachhaltigen Wachstum im Kundengeschäft. Hierbei kommt die Naspas dem Regionalprinzip einer Sparkasse nach und konzentriert sich auf das eigene Geschäftsgebiet.

Die regionale Aufteilung im Privatkundenbereich wurde unter Berücksichtigung politischer Grenzen dahingehend geändert, dass das Geschäftsgebiet fortan in sechs Regionen untergliedert ist:

- Region Wiesbaden bzw. Private Banking Region Wiesbaden
- Region Frankfurt / Main-Taunus
- Region Rheingau-Taunus
- Region Limburg / Hochtaunus
- Region Rhein-Lahn
- Region Westerwald


Den veränderten Kundenbedürfnissen nach flexibler Beratung auch außerhalb der Öffnungszeiten bzw. nach flexibler Ortswahl trägt die Naspas zusätzlich Rechnung. Deshalb stehen die Berater nach Vereinbarung mit dem Kunden entsprechend flexibel für Beratungsgespräche zur Verfügung. Zusätzlich zu den Finanz-Centern sind im Privatkundenbereich 15 Private Banking-Center etabliert, um die bewährten und ausgezeichneten Beratungskomponenten des Private Bankings in die Fläche zu bringen. Die Naspas bietet auch im Firmenkundenbereich alle Betreuungsformate in der Fläche an. Die Gewerbetreibenden werden professionell in 19 Finanz-Centern, die Firmenkunden in drei Firmenkundenregionen betreut.

Als eine der großen Sparkassen in Deutschland hat die Naspas den Anspruch, ihre Kunden in allen Bereichen vollumfänglich zu beraten und zu unterstützen. Die Naspas-Finanzplanung sowie die konsequente Anwendung des ganzheitlichen Beratungsansatzes schaffen dabei die Grundlage für zufriedene Kunden.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz

Die Naspas ist seit ihrer Gründung im Jahr 1840 dem gemeinen Nutzen in der und für die Region verpflichtet. Im Zentrum steht dabei der öffentliche Auftrag der Naspas, der in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes festgeschrieben ist. Demnach ist die Naspas mit der Aufgabe betraut, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Der Naspas obliegt demzufolge hauptsächlich die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Förderung der kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich ist dabei Teil des öffentlichen Auftrags.

Leistungsangebot

Die Naspas gewährleistet mit einem flächendeckenden Vertriebs- und Servicenetz die Nähe zu ihren Kunden. Insgesamt stehen 109 Finanz- und Service-Center, 15 Private Banking-Center, sieben Finanzierungs-Center und drei Firmenkunden-Center zur Verfügung. Das Angebot wird durch 33 Selbstbedienungs-Center ergänzt. Das gesamte Leistungsspektrum der Naspas erstreckt sich vom täglichen Zahlungsverkehr über die Finanzierung privater und geschäftlicher Investitionen sowie Baufinanzierungen und die traditionelle Geldanlage bis hin zur individuellen Vermögensberatung. Unser Produktportfolio wird durch die Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen der -Finanzgruppe Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz um den Versicherungs-, Bausparkassen-, Immobilien- und Leasing-Bereich sowie durch Online-Produkte ergänzt.

Förderung der Vermögensbildung

Bilanzwirksame Anlagen		2016
Kontenzahl		Stück
Sparkonten		355.270
Termingeldkonten		916
Konten für täglich fällige Gelder		478.268
darunter:		
• Geschäftsgirokonten		45.048
• Privatgirokonten		307.941

Vermögensbildung		in Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		8.523
davon:		
• Spareinlagen		1.669
• Andere Verbindlichkeiten		6.854
Verbriefte Verbindlichkeiten		188

Bilanzneutrale Anlagen		2016
Anzahl Kundendepots (Stück)*		62.799
Depotbestand (in Mio. EUR)*		2.877

*inklusive S-Broker-Depots sowie DekaBank-Depots

Dabei kam die Sparkasse auch dem öffentlichen Auftrag nach, jeder Einwohnerin und jedem Einwohner im Geschäftsgebiet bei Bedarf ein Konto auf Guthabenbasis einzurichten. Für rd. 21.700 Kontoinhaber stand damit ein Zahlungsverkehrsinstrument zur Verfügung, das ihnen auch in wirtschaftlich oder sozial angespannter Lage die Möglichkeit bietet, Bankgeschäfte zu tätigen.

Neben der Bereitstellung von Kreditmitteln an Privatkunden ist die Naspa ein wichtiger Ansprechpartner für den gewerblichen Mittelstand, Heil- und Freiberufler und Existenzgründer.

Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr 2016 Darlehenszusagen wie folgt:

Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs		2016
Anzahl Kreditkonten (Stück)		88.423
Forderungen an Kunden (in Mio. EUR)		9.096
Darlehenszusagen (in Mio. EUR)		1.519
Darlehensauszahlungen (in Mio. EUR)		1.359

Neben hauseigenen Finanzmarktprodukten werden auch öffentliche Förderkredite und Finanzierungsinstrumente in das ganzheitliche Betreuungskonzept einbezogen. Insgesamt wurden im Jahr 2016 im Rahmen der Beratungs- und Betreuungsaktivitäten aus öffentlichen

Förderprogrammen 667 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 76,7 Mio. EUR vergeben, davon über 4,7 Mio. EUR an Existenzgründer.

Existenzgründungen		2016
		in TEUR
Finanziertes Volumen		13.287
davon finanziert durch		
• Sparkassenmittel		4.705
• Öffentliche Mittel		5.811
• Sonstige		2.771

Vermittelte Förderkredite		2016
		in TEUR
Volumen		76.650

Soziales, wirtschaftliches und ökologisches Engagement

Als eng mit ihrem Geschäftsgebiet verbundene Sparkasse hat die Naspa nicht nur ein großes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch an der Entwicklung des kulturellen und sozialen Lebens in ihrem Geschäftsgebiet. Um der Förderung kommunaler Belange besonderen Ausdruck zu verleihen, hat die Naspa CSR-Grundsätze (Corporate Social Responsibility) ausgearbeitet. Hierbei geht es um die freiwillige Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung – und zwar stärker als gesetzlich vorgeschrieben. Die Naspa hat dabei diese Grundsätze in drei Säulen der Nachhaltigkeit unterteilt: Ökonomie, Ökologie und Soziales, und wird ihre Aktivitäten in allen drei Bereichen fortan weiter ausbauen. Als eine der ersten Sparkassen in Deutschland hat die Naspa den „Bericht an die Gesellschaft“ erstellt – mit zahlreichen Daten und Fakten zu ihrem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Engagement.

Die **Naspa-Stiftung „Initiative und Leistung“** wurde am 15. Dezember 1989 durch die Naspa mit einem Stiftungskapital von 2,6 Mio. EUR gegründet. Seitdem erhöhte sich das Stiftungsvermögen – insbesondere durch Zustiftungen der Naspa – kontinuierlich. Das Stiftungskapital betrug Ende 2016 25,7 Mio. EUR. Dieses Vermögen garantiert durch seine Erträge eine nachhaltige Fördermittelvergabe für die Region. Der Schwerpunkt liegt dabei besonders auf kleinen Vereinen und ihren Projekten aus den Bereichen Jugend, Kultur, Kunst, Sport, Heimat- und Brauchtumpflege sowie Umweltschutz und Gesundheitspflege. Seit Gründung der Stiftung wurden nahezu 10.600 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder in Höhe von

15,7 Mio. EUR ausgeschüttet. Auf das Berichtsjahr entfallen hierbei Fördermittel von 0,5 Mio. EUR.

Weiterhin hat die **Naspa** im Jahr 2016 eine große Anzahl von Vereinen, Stiftungen und Einrichtungen durch Spenden, PS-Los-Zuwendungen und Sponsoring mit einer Gesamtsumme von über 2,5 Mio. EUR an Fördermitteln (einschließlich Naspa-Stiftung) finanziell unterstützt. Damit hilft die Naspa diesen Vereinen und Einrichtungen dabei, ihre gemeinnützigen Aufgaben und Ziele zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Geschäftsgebiet der Naspa zu erfüllen.

Spenden und Sponsoring der Naspa (ohne Stiftung) 2016		
	Volumen in TEUR	Anteil in %
Insgesamt	2.006	100,0
davon Verwendung für:		
1. Spenden		
1.1 Soziales	320	16,0
1.2 Kultur	155	7,7
1.3 Umwelt	32	1,6
1.4 Sport	96	4,8
1.5 Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	21	1,0
1.6 Sonstiges	739	36,8
2. Sponsoring	643	32,1

Zu 1.: davon 700.000 EUR Zustiftung an die Naspa Stiftung „Initiative und Leistung“

Naspa-Stiftung „Initiative und Leistung“ 2016		
	Volumen in TEUR	Anteil in %
Stiftungskapital am 31.12.2016	25.702 TEUR	
Stiftungsausschüttung 2016	497	100,0
davon Verwendung für:		
Soziales	152	30,6
Kultur	182	36,6
Umwelt	20	4,0
Sport	84	16,9
Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	59	11,9

Zur weiteren wirtschaftlichen Förderung der Region ist die Naspa an insgesamt vier Wirtschaftsförderungsgesellschaften beteiligt. Diese tragen unter anderem auch durch die Unterstützung von Existenzgründern zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur ihrer Landkreise bei.

Als Steuerzahlerin trägt die Naspa zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei. Die Gewerbe- und Grundsteuer fließt den Kommunen direkt zu, über die Umlage der Körperschaftsteuer partizipieren die Gemeinden vor Ort.

Steuerleistung im Geschäftsjahr 2016	
	in TEUR
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.032
• darin enthalten: Aktivierte latente Steuern	13.864
Sonstige Steuern	403

Personalbericht

Personalstruktur

Zum Jahresende 2016 beschäftigte die Naspa insgesamt 1.706 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich 104 Auszubildende, neun Duale Studenten und 10 Trainees. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lag bei 1.177 und die der Teilzeitbeschäftigten bei 529. Umgerechnet auf Vollzeitkräfte sind bei der Naspa 1.500 Mitarbeiter tätig (Vorjahr: 1.558).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	31.12.16	31.12.15
	Anzahl	Anzahl
Insgesamt	1.706	1.754
• davon Vollzeitbeschäftigte	1.177	1.249
• davon Teilzeitbeschäftigte	529	505
Auszubildende, Duale Studenten und Trainees	123	125

Bei der Naspa arbeiteten zum Jahresende 2016 705 Männer, davon 96 Führungskräfte, und 1.001 Frauen, davon 26 in Führungspositionen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen betrug 21,3 % (Vorjahr: 21,1 %).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	31.12.16	31.12.15
	Anzahl	Anzahl
männlich	705	718
• davon Führungskräfte	96	101
weiblich	1.001	1.036
• davon Führungskräfte	26	27

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter lag im Jahr 2016 bei 20,4 Jahren (Ende 2015: 20,3 Jahre), das Durchschnittsalter bei 42,7 Jahren (Ende 2015: 42,5 Jahre) und die Austrittsquote bei 8,0 % (Vorjahr: 6,8 %). Die durchschnittliche jährliche Krankenquote belief sich auf 5,1 % (Vorjahr: 5,4 %).

Altersstruktur	31.12.16	31.12.15
	in %	in %
unter 20 Jahre	2,8	2,5
20 bis unter 30 Jahre	17,4	17,3
30 bis unter 40 Jahre	15,6	15,9
40 bis unter 50 Jahre	27,5	29,3
50 bis unter 55 Jahre	16,9	16,3
55 bis unter 60 Jahre	14,9	15,3
60 Jahre und mehr	4,9	3,4

Personalentwicklung

Angesichts der stetig steigenden Anforderungen aus der Regulatorik erfordert die Sicherstellung eines kompetenten und qualifizierten Personalbestandes ständig wachsende Anstrengungen zum Erwerb, Erhalt und Ausbau der Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Beschäftigten der Naspa wiesen im Jahr 2016 bezüglich ihrer Bildungsabschlüsse ein im Sparkassenvergleich überdurchschnittliches Bildungsprofil auf. Über eine kontinuierliche Personalentwicklung wird sichergestellt, dass das hohe Qualifikationsniveau erhalten bleibt und für jede Funktion an die damit verbundenen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen angepasst wird.

Qualifikationsstruktur	31.12.16	31.12.15
	in %	in %
Hochschulabschluss/Lehrinstitut	11,2	10,9
Sparkassen-/Bankbetriebswirt/-in	25,8	25,1
Sparkassen-/Bankfachwirt/-in	28,5	28,4
Sparkassen-/Bankkauffrau/-mann	18,6	19,9
Sonstige	15,9	15,7

Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung der Ertrags- und Kostensituation wird die Naspa auch ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Personalkosten richten müssen.

Zu deren Optimierung wird der Schwerpunkt der Personalarbeit in den Folgejahren darauf liegen, die Veränderungsbereitschaft innerhalb der Belegschaft zu fördern, deutlich auszubauen und durch zielgerichtete Angebote zur Weiterentwicklung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig zu unterstützen: „Qualität statt Quantität“.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Unternehmensziele sind kompetente und engagierte Mitarbeiter. Nur als attraktiver Arbeitgeber kann die Naspa

Leistungsträger an sich binden und Nachwuchskräfte anwerben. Dabei erhält die Vereinbarkeit von persönlichen Interessen des Mitarbeiters mit denen der Sparkasse wachsende Bedeutung.

Neben attraktiven Sozialleistungen hat die Naspa gesellschaftliche Megatrends, wie das steigende Bedürfnis nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie das gestiegene Gesundheits- und Nachhaltigkeitsbewusstsein, in die strategischen Überlegungen einbezogen. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements unterstützt die Naspa gesundes Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leitet zu einem gesunden Führungsstil an. Sie ist von der IHK Wiesbaden mittlerweile zum dritten Mal in Folge als „Gesundes Unternehmen“ zertifiziert. Daneben übernimmt die Naspa seit vielen Jahren Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist ebenfalls Träger des Zertifikats „audit berufundfamilie“.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft konnte sich auch 2016 im oberen Mittelfeld der europäischen Wachstumsraten platzieren. Die Jahresrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichte 1,9 %. Das ist für Deutschland das dritte Jahr in Folge mit einem, auch gemessen am langjährigen Trend, überdurchschnittlichen Wachstum.

Getragen wurde das insgesamt gute Wachstum der deutschen Wirtschaft von der Binnennachfrage. Die Investitionstätigkeit gab dabei ein gemischtes Bild ab, wobei die Bauinvestitionen ein höheres prozentuales Wachstum verzeichneten als die Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen.

Der private Konsum als das größte Teilaggregat des BIP bildete 2016 wie schon im Jahr davor die wichtigste Basis für die binnenwirtschaftliche Expansion. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte erhöhten sich 2016 um 2,0 %. Die Sparquote der privaten Haushalte blieb 2016 mit 9,8 % gegenüber dem Vorjahr (9,7 %) fast unverändert. Der private Verbrauch stützt sich auf die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt und auf steigende Lohneinkommen. Die Nettolohnsteigerung betrug 2,3 % und die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt bei nur 0,5 %. Die Zahl der in Deutschland Erwerbstätigen erhöhte sich noch einmal um 1,0 % auf knapp 43,5 Millionen. Die amtliche Arbeitslosenquote reduzierte sich auf 6,1 %.

Die Konsumausgaben des Staates steuerten 2016 mit einem Plus von 4,2 % noch einmal einen starken Impuls bei.

Die Europäische Zentralbank nahm die im Euroraum ähnlich wie in Deutschland niedrigen Inflationsraten zum Anlass für weitere geldpolitische Expansion. So hat sie die Zinssätze der Einlagenfazilitäten noch tiefer ins Negative auf aktuell $-0,4\%$ gesenkt. Das von der EZB bereits in 2015 eingeführte Wertpapierankaufprogramm wurde verlängert und beschleunigt. Zudem wurde eine neue Serie von Langfristendern aufgelegt, bei denen unter bestimmten Bedingungen Kreditinstitute auch zu Negativzinsen Zentralbankgeld aufnehmen können. Als Ergebnis dieser Maßnahmen sind Zinssätze sowohl im Geld- als auch am Kapitalmarkt auf historisch niedrige Stände gefallen.

Laut der aktuellen Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern Wiesbaden, Frankfurt und Koblenz sowie der Gesamtumfrage Hessen ist das wirtschaftliche Klima im Geschäftsgebiet der Naspas nach wie vor gut. Im Naspas Geschäftsgebiet liegt die Arbeitslosenquote aktuell im Durchschnitt bei $5,9\%$, die Beschäftigungsquote im Dienstleistungssektor liegt neben der Anzahl von Hochqualifizierten weit über dem Bundesdurchschnitt. Der Kaufkraft-Index liegt bei $113,6\%$ (je Einwohner, BRD = 100), wobei es hier regional unterschiedliche Ausprägungen gibt (Nord-Süd-Gefälle).

Geschäftsentwicklung

Geschäftsentwicklung	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Geschäftsvolumen*	16.531	15.710	821	5,2
Bilanzsumme	11.219	11.300	-81	-0,7
Kundenkreditvolumen	9.338	9.052	286	3,2
darunter:				
• Kredite gegen Grundpfandrechte	3.681	3.634	47	1,3
• Kommunalkredite	1.019	944	75	8,0
Mittelaufkommen von Kunden	8.523	8.702	-179	-2,1
Eigenkapital	945	894	51	5,7
Jahresüberschuss	51	34	17	50,0

* Bilanzsumme, Bürgschaften und Derivate mit ihren Nominalbeträgen

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um $5,2\%$ auf 16,5 Mrd. EUR, die Bilanzsumme war hingegen leicht rückläufig um $0,7\%$ auf 11,2 Mrd. EUR.

Kundenkreditvolumen	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Forderungen an Kunden	9.096	8.822	274	3,1
Eventualverbindlichkeiten (ohne Kreditinstitute)	227	211	16	7,6
Kredite an Kunden gesamt	9.323	9.033	290	3,2
Treuhandkredite	15	19	-4	-21,1
Kundenkreditvolumen	9.338	9.052	286	3,2

Das **Kundenkreditgeschäft** hat sich im Jahr 2016 um rd. 0,3 Mrd. EUR ($3,2\%$) erhöht und liegt damit insgesamt über dem Bereich der Planannahmen. Dabei konnten in allen drei Geschäftsfeldern – Privatkunden, Firmenkunden sowie Kommunen und Institutionelle –

Bestandszuwächse verzeichnet werden. Im Bereich der Wohnungsbaufinanzierungen erfolgten im Geschäftsjahr 2016 Darlehenszusagen mit einem Volumen von 645 Mio. EUR (Vorjahr: 744 Mio. EUR).

Mittelaufkommen von Kunden	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Spareinlagen	1.669	1.759	-90	-5,1
Sichteinlagen	6.259	6.237	22	0,4
Termineinlagen	376	581	-205	-35,3
Eigenemissionen (Pfandbriefe)	219	126	93	73,8
Mittelaufkommen von Kunden	8.523	8.702	-179	-2,1

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** verringerten sich um 2,1 % auf 8,5 Mrd. EUR. Stichtagsbedingt bestanden zum Jahresende 2015 Verbindlichkeiten gegenüber einem Pensionsfonds in Höhe von 545,3 Mio. EUR, welche im Jahr 2016 abgeflossen sind. Bereinigt um diesen Sonderfaktor ergibt sich rechnerisch ein Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 4,5 %, dieser übersteigt unsere ursprüngliche Planung der Bestandsentwicklung.

Dienstleistungsgeschäfte

Neben dem aktiven Zins- und Währungsmanagement für unsere Kunden sind wir auch kompetenter Partner für alle Fragen des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs.

Die Entwicklung im Bauspargeschäft lag unter unseren Erwartungen. Insgesamt wurden knapp 5.600 Verträge (Vorjahr: 7.600) mit einem Bausparvolumen in Höhe von 233,0 Mio. EUR (Vorjahr: 244,5 Mio. EUR) vermittelt.

Schwerpunktmäßig erfolgt über unsere Tochter, die **Naspa Versicherungs-Service GmbH**, die qualifizierte Vermittlung und Betreuung von Versicherungs- und Vorsorgelösungen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte im Bereich der Lebensversicherungen im bekannt schwierigen Marktumfeld (Niedrigzinssituation) ein Gesamtbewertungssummenvolumen von 224,6 Mio. EUR vermittelt werden. Im Vorjahr belief sich das Vermittlungsvolumen auf 232,1 Mio. EUR. Der Absatz von Kompositversicherungen konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 5,6 % gesteigert werden.

Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus hielt auch im Geschäftsjahr 2016 die Entwicklung hin zu kurzfristigen Anlagen an. Während sich die Bestände der Spar- und Termineinlagen verminderten, stiegen die Sichteinlagen geringfügig, bereinigt um den Sonderfaktor jedoch um 10,0 %.

Als Ergänzung unserer Finanzierungsangebote bietet die Naspa auch Leasingfinanzierungen an. Das insbesondere an die **Deutsche Leasing, Bad Homburg**, vermittelte Leasingneugeschäft lag mit 33,7 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres (36,6 Mio. EUR).

Unsere Tochtergesellschaft **Naspa Immobilien GmbH** verzeichnete ein sehr erfolgreiches Jahr. Bei einer gestiegenen Anzahl vermittelter Immobilien erhöhte sich das Verkaufsvolumen von 58,4 Mio. EUR im Vorjahr auf 71,0 Mio. EUR.

Das für unsere Kunden im Rahmen der Individuellen Vermögensverwaltung per 31. Dezember 2016 verwaltete Volumen betrug 245,0 Mio. EUR (Vorjahr: 243,0 Mio. EUR).

Im Rahmen der Verbundgeschäfte mit der **DekaBank, Frankfurt am Main**, beliefen sich die Umsätze in Fondsanteilen auf 162,5 Mio. EUR (Vorjahr: 206,0 Mio. EUR).

Umsatzentwicklung Wertpapierkommissionsgeschäft	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Festverzinsliche Wertpapiere	342	446	-104	-23,3
Aktien	169	232	-63	-27,2
Investmentfonds	261	269	-8	-3,0
Sonstige	15	22	-7	-31,8
Gesamtumsatz	787	969	-182	-18,8

Das Wertpapierkommissionsgeschäft entwickelte sich aufgrund der Marktbedingungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich schlechter. Der Gesamtumsatz sank um 182 Mio. EUR auf 787 Mio. EUR.

Ertragslage

Die Beurteilung der Ertragslage erfolgt auf Basis einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung, nach Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassenorganisation, die sowohl Grundlage der Planung und der internen Steuerung sowie der Gremienberichterstattung ist. Die handelsrechtliche Sichtweise der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) weicht in den einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen von dieser betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise ab. In der nachfolgenden Tabelle wurde die handelsrechtliche GuV-Sicht auf die betriebswirtschaftliche Sicht übergeleitet.

Überleitungsrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2016	Überleitung	2016	Betriebswirtschaftliches Ergebnis
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	
Zinsspanne (einschließlich laufender Erträge)	246,2	-10,2	236,0	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss	66,6	18,7	85,3	Provisionsüberschuss
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	203,8	3,6	207,4	Personal-/Sachaufwand
Teilbetriebsergebnis	109,0	4,9	113,9	-
Handelsergebnis	-0,7	1,9	1,2	Handelsergebnis
Saldo sonstige Erträge und Aufwendungen	15,1	-17,1	-2,0	Sonstiger ordentlicher Aufwand
Betriebsergebnis vor Bewertung	123,4	-10,3	113,1	Betriebsergebnis vor Bewertung
Bewertungsergebnis	-39,1	-4,9	-44,0	Bewertungsergebnis
Betriebsergebnis nach Bewertung	84,3	-15,2	69,1	Betriebsergebnis nach Bewertung
Außerordentliches Ergebnis	0,0	14,8	14,8	Saldo neutraler Ertrag / neutraler Aufwand
Ergebnis vor Steuern	84,3	-0,4	83,9	Ergebnis vor Steuern
Steuern	-33,4	0,4	-33,0	Steuern
Jahresüberschuss	50,9	0,0	50,9	Jahresüberschuss

Die in der Überleitung aufgezeigten wesentlichen Unterschiede zwischen der GuV und der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise resultieren im Zins- sowie Provisionsergebnis aus Erträgen der Tochtergesellschaften (Bruttodarstellung) und der Zuordnung bestimmter sonstiger betrieblicher Erträge.

Betriebswirtschaftliches Ergebnis	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	236,0	253,2	-17,2	-6,8
Provisionsüberschuss	85,3	86,8	-1,5	-1,7
Personal-/Sachaufwand	207,4	216,7	-9,3	-4,3
Sonstige Aufwendungen	2,0	2,0	0,0	0,0
Handelsergebnis	1,2	1,2	0,0	0,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	113,1	122,5	-9,4	-7,7
Bewertungsergebnis	-44,0	82,6	-126,6	>-100,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	69,1	205,1	-136,0	-66,3
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	14,8	-156,9	171,7	>100,0
Ergebnis vor Steuern	83,9	48,2	35,7	74,1
Steuern	-33,0	-14,2	-18,8	>-100,0
Bilanzgewinn	50,9	34,0	16,9	49,7

Im Vorjahresvergleich verringerte sich der **Zinsüberschuss** um 17,2 Mio. EUR, jedoch nicht so stark wie erwartet. Durch weitere marktbedingte Zinsanpassungen im Kundengeschäft konnte dieser Entwicklung teilweise entgegengewirkt werden. Daneben wirkten sich unter anderem Swap-Maßnahmen der Vorjahre mit 3,5 Mio. EUR geplant stabilisierend auf den Zinsüberschuss aus.

Der **Provisionsüberschuss** liegt jedoch über unseren Erwartungen und mit 85,3 Mio. EUR leicht unter dem Vorjahresergebnis. Die Entwicklung im Provisionsgeschäft war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr geprägt durch eine allgemein schwierige Absatzsituation. Insbesondere die Umsätze im Wertpapiergeschäft spiegelten die andauernde Unsicherheit an den Geld- und Kapitalmärkten wider.

Der **Personal- und Sachaufwand** einschließlich der Abschreibungen auf Sachanlagen entwickelte sich positiver als unsere Erwartungen und liegt mit 207,4 Mio. EUR 4,3 % unter dem Vorjahresniveau. Dabei stand dem gesunkenen Personalaufwand ein leicht höherer **Sachaufwand** entgegen. Durch gezieltes Kostenmanagement konnte der Planwert unterschritten werden. Planmäßige **Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte** belaufen sich auf 9,5 Mio. EUR.

Das betriebswirtschaftliche **Handelsergebnis** entspricht dem Vorjahresergebnis und liegt über unseren Erwartungen.

Zur Berechnung des Aufwand-Ertrag-Verhältnisses wurde für das Geschäftsjahr 2016 der Personal- und Sachaufwand in Relation zu den Erträgen (Zins- und Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestands sowie der Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen) gesetzt. Die sich hieraus ergebende **Cost-Income-Ratio** ist von 63,9 % auf 64,7 % angestiegen.

Bewertungsergebnis	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Kreditgeschäft	14,0	11,2	2,8	25,0
Wertpapiergeschäft	-3,1	-2,7	-0,4	-14,8
Sonstige Bewertungen	3,2	-0,7	3,9	>100,0
Veränderung Vorsorge gem. § 340f und § 340g HGB	-58,1	74,8	-132,9	>-100,0
Bewertungsergebnis	-44,0	82,6	-126,6	>-100,0

Ohne Berücksichtigung der Zuführung von Vorsorgereserven in Höhe von 58,1 Mio. EUR hat sich das Bewertungsergebnis vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016 mit

einem positiven Saldo von insgesamt 14,1 Mio. EUR deutlich besser entwickelt als erwartet und trägt damit einen großen Anteil zum guten Gesamtergebnis bei. Die sonstigen Bewertungen beinhalten im Wesentli-

chen eine Zuschreibung auf Anteile an einem verbundenen Unternehmen. Bei den Risikoaufwendungen im Kundenkreditgeschäft lagen die Zuführungen zu den Wertberichtigungen deutlich unter den Auflösungen. Zudem waren Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2,6 Mio. EUR aufzulösen, sodass per saldo erneut ein positives Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ausgewiesen wird.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft entwickelte sich per saldo ebenfalls deutlich positiver als von uns erwartet. Abschreibungen auf „über pari“ zu Buche stehende Anleihen traten aufgrund der Marktentwicklung nicht im erwarteten Umfang ein.

Die Zuführung zu den Vorsorgereserven beträgt 58,1 Mio. EUR. Im Jahr 2015 wurden 74,8 Mio. EUR Vorsorgereserven aufgelöst, um die Belastungen aus der Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen aufzufangen. Insgesamt tragen die Bewertungen im Wertpapier- und Kreditgeschäft allen erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis gemäß § 340f Abs. 3 HGB, § 340c Abs. 2 HGB und § 33 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) saldiert.

Der **Saldo aus neutralen Erträgen und neutralen Aufwendungen** betrug insgesamt 14,8 Mio. EUR und liegt damit über unseren Planwerten. Zu berücksichtigen waren Auswirkungen der ausgelagerten Pensionsverpflichtungen sowie positive Steuereffekte.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn von 50,9 Mio. EUR steht zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Für das im Jahresdurchschnitt zur Verfügung stehende bilanzielle Eigenkapital errechnet sich auf Basis des Vorsteuerergebnisses für das abgelaufene Jahr eine **Eigenkapitalverzinsung** in Höhe von 15,9 %. Im Vorjahr musste hier durch den Sondereffekt bei den Pensionsverpflichtungen eine negative Eigenkapitalverzinsung hingenommen werden.

Finanz- und Vermögenslage

Entwicklung einzelner Posten der Aktivseite	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	419	564	-145	-25,7
Forderungen an Kunden	9.096	8.822	274	3,1
Wertpapiere	1.143	1.304	-161	-12,3
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	117	116	1	0,9
Übrige Aktiva	444	494	-50	-10,1
Bilanzsumme	11.219	11.300	-81	-0,7

Die **Forderungen an Kreditinstitute** haben sich um 0,1 Mrd. EUR verringert. Das **Kundenkreditgeschäft** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr absolut gesehen um 0,3 Mrd. EUR bzw. 3,1 % und liegt insgesamt über den Planannahmen. Dabei konnten in allen drei Geschäftsfeldern – Privatkunden, Firmenkunden sowie Kommunen und Institutionelle – Bestandszuwächse verzeichnet werden.

Die Bestände an festverzinslichen **Wertpapieren**, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verminderten sich um 0,2 Mrd. EUR auf 1,1 Mrd. EUR und liegen unter dem Vorjahresniveau und unserer Planung. „Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen“ befinden sich auf Vorjahresniveau.

Entwicklung einzelner Posten der Passivseite	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.378	1.292	86	6,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.523	8.702	-179	-2,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	188	178	10	5,6
Eigene Mittel	1.019	922	97	10,5
Übrige Passivbestände	111	206	-95	-46,1
Bilanzsumme	11.219	11.300	-81	-0,7

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** erhöhten sich um 0,1 Mrd. EUR. Der Bestandsabbau von 0,2 Mrd. EUR bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** resultiert im Wesentlichen aus dem Mittelabfluss der zum Jahresende 2015 stichtagsbedingt ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber einem Pen-

sionsfonds. Im Berichtsjahr wurden zur langfristigen Sicherung der Liquidität weitere Pfandbriefe in Höhe von 93,0 Mio. EUR emittiert.

Die Entwicklung der Liquidität der Naspa ist im Risikobericht (Liquiditätsrisiken) dargestellt.

Eigenkapitalausstattung

Die **Sicherheitsrücklage** der Naspa beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 793,6 Mio. EUR.

Eigenmittel	2016	2015	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Gesamtbetrag Kernkapital	843	763	80	10,5
Gesamtbetrag Ergänzungskapital	129	180	-51	-28,3
Eigenmittel	972	943	29	3,1

Die Eigenmittel gemäß Art. 72 der Richtlinien über die Eigenkapitalanforderungen (CRR) betragen zum Bilanzstichtag 972 Mio. EUR und setzen sich wie folgt zusammen: Sicherheitsrücklage, Stille Einlagen, Rücklagen gemäß § 340g HGB und Ergänzungskapital, das aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB sowie Anteilen aus den Stillen Einlagen (Wasserfallprinzip) besteht. Der Anstieg des Kernkapitals zum Bilanzstichtag resultiert im Wesentlichen aus Zuführungen aus dem Jahresabschluss 2015. Im Vorjahresvergleich hat sich zum Bilanzstichtag die **Kernkapitalquote** um 0,9 Prozentpunkte auf 12,7 % erhöht, während die **Gesamtkennziffer** mit 14,6 % dem Vorjahreswert entspricht. Die nach der CRR geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2016 jederzeit eingehalten.

Zur Berechnung der Eigenmittelanforderung für Adressrisiken wendet die Naspa den Standardansatz und für Operationelle Risiken den Basisindikatoransatz an. In Summe beläuft sich die Eigenmittelanforderung per 31. Dezember 2016 auf 708 Mio. EUR. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus weiter gestiegenen regulatorischen Eigenmittelanforderungen, insbesondere aus der Umsetzung der Leitlinien zu gemeinsamen Verfahren und Methoden für den aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP).

Im Rahmen des zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozesses wird unter Berücksichtigung der absehbaren regulatorischen Anforderungen und des strategischen Planungsansatzes der zukünftige Kapitalbedarf ermittelt. Danach werden im kommenden Geschäftsjahr regulatorische Eigenmittel von 1.039 Mio. EUR erwartet. Diese steigen bis zum Jahr 2021 voraussichtlich auf 1.218 Mio. EUR an. Diese zusätzlich erforderlichen Mittel können, bei einem unterstellt normalen Geschäftsverlauf, aus eigener Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Naspa sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Risikoberichterstattung

Im folgenden Abschnitt legt die Naspa gemäß Art. 435 (1) CRR ihre Risikomanagementziele und -politik einschließlich der Risikomanagementverfahren und -systeme offen.

Risikoverständnis und Grundlagen des Risikomanagements

Zum Bankgeschäft gehört das Eingehen von Risiken, also die Übernahme von Verlust- bzw. Schadensgefahren, die dadurch entstehen, dass erwartete Entwicklungen ungünstiger verlaufen als geplant. Ziel des Risikomanagements ist es, durch Einrichtung geeigneter interner Kontrollverfahren unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und Festlegung von Strategien wirksam und angemessen Risiken zu erkennen, zu analysieren, zu bewerten, zu überwachen und zu kommunizieren. Dies geschieht bei der Naspa unter Beachtung (aufsichts-)rechtlicher, geschäftspolitischer und betriebswirtschaftlicher Vorgaben.

Aufsichtsrechtlich maßgeblich sind die auf § 25a KWG basierenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), die geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken, die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Implementierung angemessener interner Kontrollverfahren (Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sowie Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung und Kommunikation der wesentlichen Risiken) beinhalten. Zusätzlich beachtet die Naspa bei der Ausgestaltung ihres Risikomanagements auch die sparkassenrechtlichen Bestimmungen. Intern definierte geschäftspolitische Vorgaben, die die Naspa beim Eingehen von Risiken berücksichtigen muss, sind unter anderem in der jährlich auf Basis der Geschäftsstrategie entwickelten Risikostrategie fixiert, in der die risikostrategischen Grundsätze zur Erreichung der langfristigen strategischen Geschäftsziele der Sparkasse festgelegt sind. Die Risikostrategie beschreibt das Management der aus den wesentlichen Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken unter besonderer Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit. Darüber hinaus definiert die Strategie auch Leitlinien für die Risikokultur, den grundsätzlichen Umgang mit Risiken im Institut und Maßnahmen des Risikomanagements. Jede der wesentlichen Risikoarten – Adressrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Sonstige wesentliche Risiken – wird hierin detailliert behandelt. Die Managementgrundsätze aus der Risikostrategie werden durch prozessuale und metho-

dische Regelungen im Risiko- und Organisationshandbuch ergänzt.

Organisation des Risikomanagements

Das Risikomanagement umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Es beinhaltet unter anderem interne Verfahren und Systeme zur Risikorekennung, -messung, -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und Risikokontrolle. Diese Instrumente, die hierbei angewandten Methoden und Prozesse werden fortlaufend auf ihre Funktionalität überprüft und zugleich weiterentwickelt.

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Dieser verabschiedet neben der Geschäftsstrategie eine dazu konsistente Risikostrategie. Der Vorstand informiert das Aufsichtsorgan vierteljährlich über die Risikosituation in angemessener Weise schriftlich. Der dem Vorstandsvorsitzenden direkt berichtende Zentralbereich Gesamtbanksteuerung ist für das Risikocontrolling verantwortlich, also die Risikorekennung, -messung, -bewertung, -kontrolle sowie das Risikoreporting. Zusätzlich obliegt dem Risikocontrol-

ling die Methodenkompetenz für die Ausgestaltung der Elemente des Risikomanagementprozesses. Die Risikocontrolling-Funktion unterstützt die Geschäftsleitung gemäß AT 4.4.1 der MaRisk in allen risikopolitischen Fragen, bei der Einrichtung und Weiterentwicklung von Risikosteuerungs- und -controllingprozessen sowie der Berichterstattung. Die organisatorische Anbindung des Risikocontrollings in Unabhängigkeit zu den Handels- und Marktbereichen entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen und minimiert Interessenskonflikte innerhalb der Organisationseinheiten. Die nach MaRisk (AT 4.4.1 Tz 4 u. 5) besonders definierte Leitung der Risikocontrolling-Funktion wird durch den Zentralbereichsleiter Gesamtbanksteuerung wahrgenommen. Bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen der Geschäftsleitung ist er zu beteiligen.

Die operative Risikosteuerung wird von den jeweiligen portfolioverantwortlichen Bereichen (Portfolioverantwortlichen) wahrgenommen. Für die Steuerung und Überwachung ausgelagerter Aktivitäten und Prozesse ist der Fachbereich (FB) Dienstleistersteuerung verantwortlich. Alle Risikomanagementprozesse werden durch die Interne Revision entsprechend dem Prüfungsplan geprüft, die als fester Bestandteil des unternehmerischen Überwachungssystems ebenfalls dem Vorstand unmittelbar unterstellt und diesem berichtspflichtig ist.

Operative Verantwortlichkeiten im Risikomanagement

Risikoarten	Portfolien							
	PK (incl. PB)	FK	Komm. und Institut.	Problemkredite	Strukturportfolio (Gesamtvorstand)	Kapitalmärkte und Kommunen	Immobilien	Beteiligungen
Adressrisiko	061/064	061/064	061/064	061/064	061/064	061/064	-	061/064
	085	D2	060	250	001	060	-	001
Marktpreisrisiko	-	-	-	-	061/064	061/064	061/064	-
	-	-	-	-	001	060	001	-
Operationelles Risiko	Die Verantwortung liegt grundsätzlich bei den zuständigen RM/ZB. Erforderlichenfalls sind – z. B. bei übergreifenden Risiken oder Schnittstellenrisiken – die zuständigen Fachbereiche und die Revision einzubinden.							
Liquiditätsrisiko	-	-	-	-	061/064	061/064	-	-
	-	-	-	-	060	060	-	-
Gesamtbank	061/064							
	001							

Quelle: Darstellung gemäß Risikostrategie

Legende:

001	Gesamtvorstand	085	Zentralbereich Vertriebsmanagement
D2	Dezernat Firmenkunden		Privatkunden (PK)
060	Zentralbereich Kapitalmärkte und Kommunen	250	Zentralbereich Kreditmanagement
061	Zentralbereich Gesamtbanksteuerung		
064	Fachbereich Risikocontrolling		

Risikocontrolling	Risikosteuerung
-------------------	-----------------

PB	Private Banking
RM	Regionalmärkte
FK	Firmenkunden
PK	Privatkunden
ZB	Zentralbereich

Das so konstituierte Risikomanagement soll die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Mindestanforderungen sowie die jeweils gültigen regulatorischen Anforderungen hinsichtlich Eigenkapital und Liquidität jederzeit gewährleisten.

Risikotragfähigkeit als Teil des Risikomanagements

Bei der Umsetzung des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit zu berücksichtigen. Unter dem Begriff der Risikotragfähigkeit fasst die Naspa alle Verfahren zur Sicherstellung einer angemessenen Verfügbarkeit von Risikodeckungspotenzial zusammen, um den Fortbestand des Unternehmens zu gewährleisten. Diese ist gegeben, wenn das vorhandene Risikodeckungspotenzial zu jedem Zeitpunkt mit angemessener Wahrscheinlichkeit größer als die Risiken der Sparkasse ist. Dabei orientiert man sich zum einen an der Sichtweise des Gläubigerschutzes (wertorientierter Steuerungskreis gemäß Gone-Concern) und zum anderen an der Perspektive der Geschäftsführung (GuV-/periodenorientierter Steuerungskreis gemäß Going-Concern).

Für die Sichtweise des Gläubigerschutzes werden hierbei Risiken auch mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau 99,9%, wie im Vorjahr) berücksichtigt, für die Sichtweise der Unternehmensführung werden hingegen nur Risiken mit tendenziell höherer Eintrittswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau 95,0 %, wie im Vorjahr) beachtet. Der Risikohorizont beträgt für beide Sichtweisen ein Jahr (rollierend). Die einzelnen Risiken werden dabei unter der Annahme einer vollständigen positiven Korrelation von +1 aggregiert, so dass Diversifikationseffekte zwischen den Risiken nicht berücksichtigt werden.

Im wertorientierten Steuerungskreis entspricht das Risikodeckungspotenzial dem Barwert des im Fall der geordneten Abwicklung der Sparkasse zur Verfügung stehenden Nettovermögens, also dem Nettosubstanzwert des Eigenkapitals. Den Vermögenswerten im Fall der geordneten Abwicklung (Auslaufen des Kundengeschäftes ohne Neuabschlüsse) stehen mit Ausnahme der unbefristeten Eigenmittel alle bilanziellen Passiva (ebenfalls unter Berücksichtigung des Auslaufens der Geschäfte) als Abzugsposition gegenüber. Darüber hinaus werden Abzüge für Risikoprämien, stille Lasten, Pensionsverpflichtungen, sonstige Rückstellungen, sonstige Vermögensgegenstände und sonstige Verbindlichkeiten voll angerechnet. Dem so berechneten Nettovermögen stehen die mittels Modellsimulationen, Szenario-Analysen oder Expertenschätzungen ermittelten Risiken gegenüber. Dabei wird der als Risikomaß verwendete Value at Risk als Differenz des sich im Risikofall ergebenden Barwertes zum erwarteten Barwert definiert.

Im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial neben dem geplanten Ergebnis die Eigenmittelbestandteile zur Verfügung, die die geforderte Mindestkapitalquote übersteigen. Die Mindestkapitalquote wird dabei so festgelegt, dass die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach Eintritt des Risikofalls weiterhin erfüllt werden, um den Fortbestand der Sparkasse zu gewährleisten. Die Risiken werden auch hier mittels Modellsimulationen, Szenario-Analysen und Expertenschätzungen ermittelt. Dabei wird der Value at Risk als Differenz der sich im Risikofall ergebenden GuV-Entwicklung zur geplanten GuV-Entwicklung definiert. Die Steuerung erfolgt über beide Steuerungskreise flankiert von Stresstests und der Kapitalplanung. Vorrangig ist jedoch die Steuerung nach wertorientierten Größen, wobei die GuV-/periodenorientierte Steuerung eine einzuhaltende Nebenbedingung darstellt.

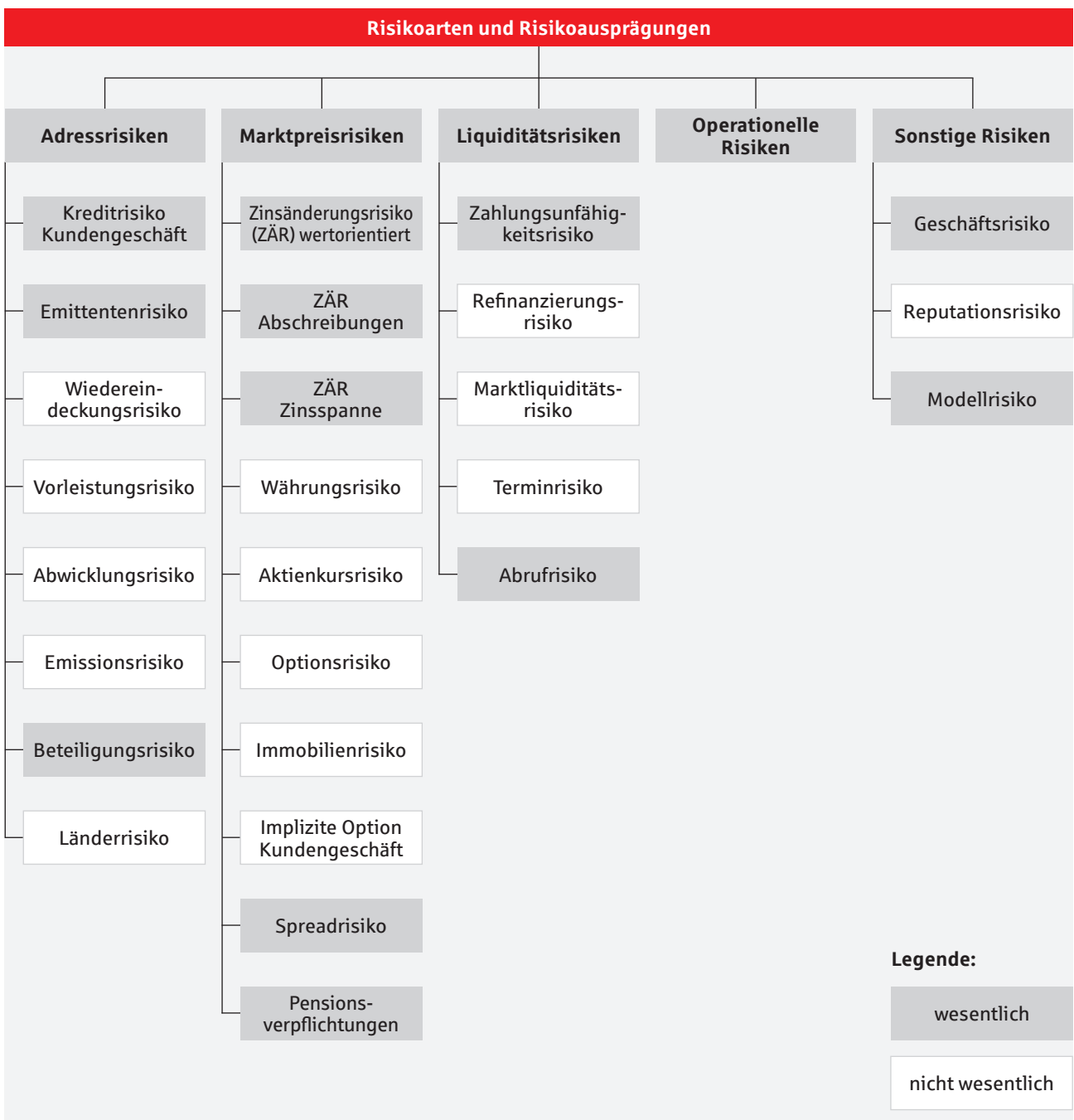
Im Rahmen der maßgeblichen wertorientierten Steuerung wird vom Vorstand ein Limitsystem für die Gesamtbank sowie die einzelnen Portfolios als zentrales Instrument der Risikosteuerung und zur Umsetzung der risikostrategischen Ausrichtung der Bank verabschiedet. Ergänzt wird das wertorientierte Gesamtbank-/Geschäftsfeldlimitsystem durch ein Gesamtlimit für die Sichtweise der Geschäftsführung (Going-Concern), durch Teillimite für die jeweiligen GuV-Komponenten (Going-Concern), durch definierte Verlustobergrenzen, Risikotoleranzen, Analysen zu Risikokonzentrationen, Risikopuffern und Ampelsystematiken. Die perspektivische Überwachung aller wesentlichen wie auch die situative Analyse nicht wesentlicher Risiken erfolgt durch Frühwarnsysteme, Szenario-Betrachtungen und Simulationen. Ergänzt wird dieses Überwachungssystem durch einen mehrjährigen Kapitalplanungsprozess sowie reguläre und inverse Stresstests, die die gesamten Auswirkungen wesentlicher Änderungen bei den Risikofaktoren auf die ausgewählten Risikosteuerungsgrößen untersuchen. Aus diesen Ergebnissen werden im Bedarfsfall Steuerungsmaßnahmen abgeleitet.

Die Risikotragfähigkeit für beide Sichtweisen sowie ausgewählte Analysen werden monatlich ermittelt und im Rahmen des Risikoberichts an den Gesamtvorstand berichtet. Darüber hinaus wird regelmäßig über die Risikosituation einzelner Risikoarten berichtet. Bei außergewöhnlichen Entwicklungen oder Ereignissen von wesentlicher Bedeutung, zum Beispiel bei einem plötzlich auftretenden erheblichen Risikovorbedarft im Bereich der Adressrisiken, werden der Vorstand und gegebenenfalls die Gremien der Naspa im Rahmen einer Ad-hoc-Berichterstattung informiert.

Der führende Steuerungskreis in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung ist die wertorientierte Sicht. Die periodenorientierte Betrachtung ist dabei Nebenbedingung. Dies resultiert mittelbar aus der Systematik der Bankenaufsicht zur Ermittlung des Kapitalzuschlages für die Eigenmittelunterlegung (sogenannter SREP-Zuschlag auf Basis wertorientierte Sicht). Im Jahr 2017 wird eine Konkretisierung sowie die Anpassung der aufsichtlichen Anforderungen an die Risikotragfähigkeitskonzepte erwartet.

Risikoarten

Im Rahmen einer jährlichen (ggf. auch anlassbezogenen) Risikoinventur erfolgt bei der Naspas die Ermittlung eines Gesamtrisikoprofils durch Analyse der wesentlichen Risiken und damit verbundenen Risikokonzentrationen. Weiterhin finden dabei eine Überprüfung der nicht wesentlichen Risiken sowie eine Prüfung auf Existenz bisher nicht betrachteter Risiken statt. Hierbei wird die Differenzierung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risiken untersucht. Für die jeweilige Risikoart werden dabei Eintrittswahrscheinlichkeiten



lichkeit und Verlusthöhe bei Risikoeintritt ermittelt und die Auswirkung auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage der Bank, die Kapitalauslastung sowie die strategischen Ziele betrachtet. Die Übersicht auf Seite 21 zeigt die wesentlichen Risikokategorien und Risikoarten auf Grundlage der Ergebnisse der Risikoinventur 2016.

Risikolage

Im Jahr 2016 wurde das gesetzte sowie das risikobegrenzende Gesamtlimit jederzeit eingehalten. Die Risikotragfähigkeit der Naspa war somit immer in beiden Steuerungskreisen gegeben. Die Risikodeckungspotenziale in beiden Steuerungskreisen entwickelten sich unterschiedlich. Während das Risikodeckungspotenzial (RDP) im wertorientierten Steuerungskreis im Jahresvergleich deutlich anstieg (+ 10,4 %), verringerte sich das RDP im periodenorientierten Steuerungskreis im Vorjahresvergleich, hauptsächlich bedingt durch die erstmalige Berücksichtigung des SREP-Aufschlags von 2 Prozentpunkten. Gleichzeitig haben sich wie im Vorjahr in beiden Steuerungskreisen die Risiken deutlich verringert. Im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis sanken die Risiken im Vergleich zum Vorjahr um 14,7 Mio. EUR, im wertorientierten Steuerungskreis sogar um 363,3 Mio. EUR. Dieser erhebliche Rückgang des Risikos im wertorientierten Steuerungskreis ist bedingt durch die Umstellung der Berechnungsmethodik auf den Standard des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) bei einigen Risikoarten. Der Risikorückgang im periodenorientierten Steuerungskreis ist hauptsächlich

auf den methodenbedingten Rückgang bei den Adressrisiken zurückzuführen. Dies führt dazu, dass sich die Limitauslastung in den davon betroffenen Bereichen unterhalb der intern akzeptierten Bandbreiten befindet. Monatliche Analysen des Gesamtrisikoprofils sowohl aus wertorientierter als auch GuV-/periodenorientierter Sichtweise zeigen, dass sich das Gesamtrisikoprofil stets innerhalb der definierten Bandbreiten bewegte. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Risiken waren nicht vorhanden und werden aus heutiger Sicht auch nicht erwartet.

Das Risikodeckungspotenzial im wertorientierten Steuerungskreis betrug zum 31. Dezember 2016 1.578 Mio. EUR (Vorjahr: 1.430 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung eines Risikopuffers hat der Vorstand hieraus ein maximal verfügbares Risikokapital von 1.100 Mio. EUR sowie ein Limit von 690 Mio. EUR abgeleitet. Das Limit wurde insgesamt stets eingehalten. Die Auslastung der für die Geschäftsfeldsteuerung wesentlichen Einzellimite stellt sich im Gesamtkontext wie folgt dar:

	jeweils per 31.12.2016		Limitauslastung in %
	Risiko 99,9 % – Sicht 1 Jahr in Mio. EUR	Limit in Mio. EUR	
Adressrisiken	129,5	305,0	42,5
Marktpreisrisiken	196,5	270,0	72,8
Sonstige Risiken	77,3	115,0	67,2
Gesamtbank	403,3	690,0	58,4

Im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial insgesamt 368,2 Mio. EUR (Vorjahr: 415,4 Mio. EUR) zur Verfügung, die sich wie folgt ergeben:

Ermittlung zum 31.12.2016		Mio. EUR
Eigenmittel der Naspa	hartes Kernkapital	783,5
	zusätzliches Kernkapital gemäß Capital Requirements Regulation	59,3
	Ergänzungskapital gemäß Capital Requirements Regulation	128,8
abzüglich	Mindestkapitalquote gemäß Vorstandsbeschluss (inkl. SREP-Aufschlag)	-749,9
zuzüglich	erwartetes Betriebsergebnis laufendes Jahr vor Steuern bzw. Ergebnis Vorjahr nach Steuern, solange Jahresabschluss noch nicht festgestellt + für Säule 2 verwendbares zusätzliches Kernkapital gemäß Capital Requirements Regulation sowie freies Ergänzungskapital – aktive latente Steuern auf § 340f HGB Reserven	146,5
Risikodeckungspotenzial für Going-Concern-Steuerungskreis		368,2

Gemäß den internen Regelungen sollen davon in etwa 50 % als Gesamtlimit zur Verfügung stehen. Das GuV-/periodenorientierte Risiko der Naspa (Sicht 12 Monate) beträgt zum Jahresende 149,6 Mio. EUR (Vorjahr:

164,2 Mio. EUR). Dies ergibt bei einem verteilten Gesamtlimit von 180,0 Mio. EUR eine Limitauslastung von 83,1 % (Vorjahr: 82,1 %).

	jeweils per 31.12.2016		Limitauslastung in %
	Risiko 95 % – Sicht 1 Jahr in Mio. EUR	Limit in Mio. EUR	
Zinsüberschuss	9,0	13,0	69,2
Restliches Betriebsergebnis vor Bewertung	12,7	14,0	90,7
Bewertung Kredite	32,6	43,0	75,8
Bewertung Wertpapiere	75,2	89,0	84,5
Sonstige Positionen	20,1	21,0	95,7
Gesamtbank	149,6	180,0	83,1

Das Gesamtlimit im periodenorientierten Steuerungskreis wurde 2016 von 200,0 Mio. EUR auf 180,0 Mio. EUR verringert. Ebenso wurde das Limit im wertorientierten

Steuerungskreis von 879,0 Mio. EUR auf 690,0 Mio. EUR reduziert. Diese Limite wurden jederzeit eingehalten.

Die Risikotragfähigkeitsbetrachtung wird um risikartenübergreifende Stresstests ergänzt. Die Bankenaufsicht schreibt die Durchführung von historischen, hypothetischen und inversen Stresstests vor. Beim historischen Stresstest mit dem Szenario „konjunktureller Abschwung in der Finanzmarktkrise“ wird eine Krise an den Finanzmärkten mit nachhaltiger Auswirkung auf die Realwirtschaft unterstellt, was zu einer deutlichen Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation führt. Bei diesem Szenario ist die vergleichsweise stärkste Einengung der Risikotragfähigkeit zu beobachten,

jedoch sind anlassbezogene Gegensteuerungsmaßnahmen nicht erforderlich. Beim hypothetischen Stresstest mit dem Szenario „Stagflation“ wird eine stagnierende Wirtschaft sowie eine Inflation im Euroraum mit unerwartet deutlich steigendem Leitzins unterstellt. Darüber hinaus führt die Naspa inverse Stresstests durch. In diesen Stresstests werden Szenarien simuliert, die zur Gefährdung der Überlebensfähigkeit der Naspa führen würden. Die Ergebnisse der inversen Stresstests zeigen, dass nur höchst unwahrscheinliche Szenarien die Naspa in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden.

Die Risiken im Einzelnen

Überwachung und Steuerung von Adressrisiken

Adressrisiken werden als Bonitätsänderungsrisiken verstanden, d. h., es wird das Risiko einer möglichen Bonitätsverschlechterung mit dem Spezialfall „Ausfall des Vertragspartners“ betrachtet. Die Unterteilung des Adressrisikos erfolgt nach den jeweiligen Produktarten, wobei Krediten das Kreditrisiko, Derivaten das Kontrahentenrisiko und Wertpapieren das Emittentenrisiko zugeordnet wird. Zusätzlich umfasst das Adressrisiko auch Länder- und Beteiligungsrisiken. Aufgrund dieser weitreichenden Definition erfasst die NaspA bei der Behandlung der Adressrisiken sowohl Kundenkredit- als auch Handelsgeschäfte.

Identifizierte und zu kontrollierende Risikokonzentrationen sind gemäß den Mindestanforderungen für das Risikomanagement in der Risikostrategie beschrieben. Hierzu zählen bei den Adressrisiken der hohe Anteil einzelner Branchen, die Größenklassenstruktur, der hohe Anteil von Grundpfandrechtlichen Sicherheiten in Verbindung mit dem Anteil von Krediten in der Immobilienbranche sowie mögliche Ansteckungseffekte bei bestimmten öffentlichen Kreditnehmereinheiten.

Die Verantwortung für das Risikocontrolling auf Portfolioebene und die Methodenkompetenz zur Ausgestaltung der einzusetzenden Verfahren obliegt dem Zentralbereich Gesamtbanksteuerung. Die operative Portfoliosteuerung, also der Einsatz geeigneter Instrumente zur Steuerung der Adressrisiken sowie die Erarbeitung konkreter Maßnahmen im Rahmen der Gesamtbankplanung zur Erreichung der zentralen Ziele der Risikostrategie, obliegt in der NaspA, ungeachtet der Gesamtverantwortung des Vorstandes, den Verantwortlichen der entsprechenden Geschäftsfelder. Für das Kundenkreditgeschäft sind im Wesentlichen der Zentralbereich Vertriebsmanagement Privatkunden, das Dezernat Firmenkunden sowie der Zentralbereich Kapitalmärkte und Kommunen verantwortlich. Für die Handelsgeschäfte sowie Spezialfinanzierungen und das kapitalmarkt-nahe Finanzierungsgeschäft zeigt sich der Zentralbereich Kapitalmärkte und Kommunen verantwortlich.

Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit des Kundenkreditgeschäfts für die Gone-Concern-Sicht werden der Expected Loss (EL) und der unerwartete Verlust (CVaR) mit Hilfe des Kreditrisikomodells CreditPortfolioView (CPV) bzw. für die Going-Concern-Sicht zusätzlich mit Hilfe qualifizierter Expertenschätzungen (auf Basis historischer Entwicklungen) berechnet. Die für die Quantifizierung der Risiken notwendigen Risikoparameter, Migrations-

matrizen bzw. Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die Einbringungs- und Verwertungsquoten werden durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) zur Verfügung gestellt. Die Einbringungs- und Verwertungsquoten werden vor Verwendung von der Sparkasse besonders plausibilisiert. Die hier durchgeführte methodische Umstellung der Berechnungen auf den DSGV-Standard führte zu einer erheblichen Reduktion der Adressrisikowerte im Gone-Concern-Steuerungskreis.

Für die Handelsgeschäfte erfolgt die Quantifizierung der Risikowerte seit 2016 mittels CPV. Auch hier werden die notwendigen Parameter (u. a. Migrationsmatrizen, Einbringungsquoten und Credit-Spreads) durch den DSGV zentral bereitgestellt.

Für die Beteiligungen nutzt die NaspA ein Risikofaktormodell, dessen Parameter aus den historischen Wertverläufen abgeleitet werden.

Going-Concern-Sicht	EL	CVaR
31.12.2016	Mio. EUR	Mio. EUR
Kundenkreditgeschäft	20,4	28,2
Handelsgeschäfte	5,6	10,5
Beteiligungen	0,5	11,7

Gone-Concern-Sicht	CVaR	Limit	Limitauslastung
31.12.2016	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Kundenkreditgeschäft	60,4	110,0	54,9
Handelsgeschäfte	47,2	175,0	27,0
Beteiligungen	21,9	20,0	109,5

Die Einzelengagements werden mit den Rating- und Scoringverfahren des DSGV adäquat bewertet bzw. es wird das Landesbankenrating herangezogen. Zusätzlich kann auf die externen Ratings der Agenturen Fitch, Moody's und Standard & Poor's zurückgegriffen werden. Für Länderratings zur Beurteilung des Länderrisikos wird das Länderrating der Ratingagenturen Standard & Poor's sowie Moody's genutzt.

Im Rahmen des Reportings wird quartalsweise der Risikobericht Adressrisiken – der den Mindestanforderungen an das Risikomanagement entspricht – dem Vorstand vorgelegt und den portfolioverantwortlichen Bereichen zur Verfügung gestellt. Der Risikobericht Adressrisiken betrachtet das Kreditportfolio aus unterschiedlichsten Perspektiven und enthält unter anderem Daten zu Risikosteuerungsmaßnahmen, zur Ge-

schäftsentwicklung, zur Risiko- und Ertragssituation, zu Strukturmerkmalen und zu Risikokonzentrationen. Zusätzlich werden einzelengagementspezifische Informationen bereitgestellt (zum Beispiel zu Sanierungs- und Abwicklungsengagements).

Die Steuerbarkeit der Adressrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft ist geschäftsartenspezifisch eingeschränkt. Daher wurden, neben den operativen Grundsätzen, die nachfolgend dargestellten Maßnahmen ergriffen, um dennoch die kurz- bis mittelfristige Optimierung der Portfoliostruktur zu gewährleisten. Beim **Kreditpooling** hat sich die Naspa an mehreren Sparkassen-Kreditbaskets beteiligt (ca. 0,6 % des gesamten Kreditvolumens). Bei **Konsortialkrediten** handelt es sich um Kreditentscheidungen, die gemeinsam mit anderen Kreditinstituten getroffen werden. Zur Vermeidung von Risikokonzentrationen auf Einzelengagementebene vergibt die Naspa speziell im Firmenkundengeschäft Kredite im Konsortium mit anderen Kreditinstituten. Im Rahmen des **Risikoadjustierten Pricings** werden für das Neugeschäft im Privat-, Gewerbe- und Firmenkundengeschäft für bestimmte Darlehensarten bonitäts- bzw. sicherheitsorientierte individualisierte Konditionen gestellt.

Darüber hinaus ist ein Verfahren zur Kreditüberwachung (Risikofrüherkennung) und turnusgemäßen Sicherheitenüberprüfung/-bewertung implementiert, das auch die Einhaltung interner Obergrenzen berücksichtigt. Je Engagement sind hausinterne Obergrenzen für das Gesamtengagement und den unbesicherten Anteil festgelegt, die sich aus der jeweiligen Kreditnehmergruppe und Ratingnote des Engagements ableiten. Hiermit verbunden ist ein Steuerungskreislauf, um Engagements oberhalb der hausinternen Obergrenze erforderlichenfalls wieder unter die Obergrenzen zurückzuführen.

Bei dauerhafter signifikanter Verschlechterung der Kreditnehmerbonität werden unter Berücksichtigung der handelsrechtlichen Vorschriften Einzelwertberichtigungen (EWB) gebildet. Im Rahmen einer monatlichen EWB-Prognose werden bei allen kreditverantwortlichen Einheiten mögliche Einzelwertberichtigungen abgefragt sowie die bestehenden überprüft. Sobald die Gründe für die Wertberichtigung nicht mehr bestehen, werden diese wieder aufgelöst (Wertaufholungsgebot). Die Betreuung der Engagements findet während dieser Zeit in einer Fachabteilung des Kreditmanagements statt. Die Risikoabschirmung im risikobehafteten Kundenkreditgeschäft der Naspa umfasste Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen von rd. 67 Mio. EUR =

rd. 0,7 % (Vorjahr: 84 Mio. EUR = 0,9 %) des bilanziellen Kundenkreditvolumens einschließlich Eventualverbindlichkeiten. Hiervon entfielen 62 % auf Firmenkunden und 38 % auf Privatkunden. Per saldo ergab sich bei der Risikovorsorge im Firmenkunden- und Privatkundenbereich eine Verminderung um 2,9 Mio. EUR bzw. 0,3 Mio. EUR. Den erkennbaren Risiken wird ausreichend Rechnung getragen.

Die Risikosteuerung im Bereich der Handelsgeschäfte ist, abgesehen von Störungen an den Aktien-, Geld- und Kapitalmärkten, durch das Eingehen bzw. Glattstellen von Positionen kurzfristig möglich. Die Handelsbestände werden unabhängig von der Zuordnung zum Anlage- oder Handelsbuch laufend durch die Positionsführer an den jeweiligen Märkten beobachtet und erforderlichenfalls gesteuert. Die Kreditentscheidung zu den Engagements erfolgt unter Beteiligung von Markt und Marktfolge. Um bei der Risikosteuerung – auch im Falle von Störungen an den Aktien-, Geld- und Kapitalmärkten – die Auswirkungen auf die Adressrisiken zu begrenzen, wurden sowohl ein System von risikobegrenzenden Limiten pro Emittent als auch ein Obergrenzensystem bezogen auf Einzelengagements eingerichtet.

Die Beteiligungsrisiken werden analog zu den Adressrisiken überwacht und gesteuert.

Strukturdaten

Nachfolgend wird mit Stand 31. Dezember 2016 das gesamte Adressrisikoportfolio der Naspa nach Bonitätsstruktur, Größenklassen, Kreditarten, Branchen und nach Ländern gegliedert dargestellt. Ausgangsbasis sind zu-

gesagte Linien oder höhere Inanspruchnahmen (inklusive Eventualverbindlichkeiten) im Kundenkreditbereich sowie Inanspruchnahmen im Handelsbereich.

Kreditarten	31.12.2016	Anteil	Inanspruchnahme	Offene Zusagen
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	Mio. EUR
Kontokorrentkredite	2.126,6	15,3	308,6	1.818,0
Darlehen	8.531,1	61,3	8.131,8	399,3
Wechsel	0,0	0,0	0,0	0,0
Avalrahmen	328,3	2,4	110,0	218,3
Sonstige	365,4	2,6	0,0	365,4
Gesamt	11.351,4	81,6	8.550,4	2.801,0
+ Überziehungen	37,5	0,3	37,5	0,0
davon Geschäftsfeld Abwicklung	15,5	0,1	15,5	0,0
Kundenkreditgeschäft	11.388,9	81,9	8.587,9	2.801,0
Kreditbaskets	84,4	0,6	84,4	0,0
Spezialfonds	0,0	0,0	0,0	0,0
Andere festverzinsliche Wertpapiere	1.054,3	7,6	1.054,3	0,0
Schuldscheindarlehen	614,5	4,4	614,5	0,0
Repo	0,0	0,0	0,0	0,0
Tages- und Termingelder	526,3	3,8	526,3	0,0
Derivate	129,8	0,9	129,8	0,0
Handelsgeschäfte	2.409,3	17,3	2.409,3	0,0
Beteiligungen	107,8	0,8	107,8	0,0
Gesamt	13.906,1	100,0	11.105,0	2.801,0

Das Kundengeschäft stellt mit einem Anteil von 81,9 % die größte Position des gesamten Kreditvolumens dar. Davon entfallen 41,5 % auf Privatkunden, 28,4 % auf Firmenkunden, 10,6 % auf Kommunen und Institutionelle

und 1,4 % auf Sanierung, Abwicklung bzw. Sonstige. Die Handelsgeschäfte umfassen 17,3 % und die Beteiligungen 0,8 % des Kreditvolumens.

Bonitätsklassen

31.12.2016	Ausfallwahrscheinlichkeit	Kreditvolumen	Anteil	Blankoanteil gem. Satzung	Anteil
DSGV Rating	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
1–5	0,1–0,4	8.006,0	70,3	3.952,7	72,1
6–9	0,6–2,0	2.508,2	22,0	1.043,8	19,0
10–12	3,0–6,7	406,5	3,6	178,3	3,3
13–15	10,0–45,0	114,4	1,0	37,6	0,7
16–18	100,0	152,2	1,3	93,6	1,7
geratet		11.187,3	98,2	5.306,0	96,8
nicht geratet	–	201,6	1,8	177,2	3,2
Kreditvolumen		11.388,9	100,0	5.483,2	100,0

Die obige Tabelle betrachtet die Bonitätsklassen im Kundengeschäft. Von den Handelsgeschäften befinden sich 92,4 % im Investment-Grade-Bereich.

Größenklassen in TEUR	Anzahl Kreditnehmereinheiten	31.12.2016	Anteil
Gesamt	nach § 19 Abs. 2 KWG	Mio. EUR	in %
> 100.000	6	1.107,7	8,0
> 25.000	53	2.297,4	16,5
15.000 < 25.000	63	1.184,2	8,5
5.000 < 15.000	197	1.628,2	11,7
2.500 < 5.000	177	618,4	4,4
1.000 < 2.500	518	778,1	5,6
500 < 1.000	1.222	823,5	5,9
250 < 500	4.230	1.426,9	10,3
50 < 250	22.559	2.726,7	19,6
25 < 50	9.378	327,5	2,4
< 25	154.305	879,8	6,3
Beteiligungen	30	107,8	0,8
Gesamt	192.738	13.906,1	100,0

Branchenzusammensetzung	31.12.2016	Anteil
Gesamt	Mio. EUR	in %
Land- und Forstwirtschaft	29,7	0,2
Baugewerbe	201,0	1,4
Verarbeitendes Gewerbe	648,2	4,7
Dienstleistungen	3.182,7	22,9
Handel	365,5	2,6
Energie, Wasserversorgung	199,4	1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	184,8	1,3
Financials	1.831,1	13,2
Private Haushalte	5.173,0	37,2
Öffentliche Haushalte	1.846,9	13,3
Sonstiges	136,1	1,0
Beteiligungen	107,8	0,8
Kreditvolumen	13.906,1	100,0

Länderstruktur des Portfolios	Länderrating 31.12.2016	Gesamt in Mio. EUR	in %
Deutschland	AAA	12.891,0	92,7
davon Beteiligungen		107,8	0,8
Frankreich	AA	182,1	1,3
Großbritannien	AA	61,1	0,4
Irland	A-	0,4	0,0
Italien	BBB-	82,7	0,6
Benelux	AAA bis AA-	214,5	1,5
Spanien	BBB	102,3	0,7
Portugal	BB+	70,5	0,5
Nordeuropa	AAA bis BBB+	169,8	1,2
Schweiz und Österreich	AAA/AA+	83,4	0,6
Osteuropa	BBB+ bis BBB-	0,1	0,0
Sonstiges Europa	AAA bis CCC	11,7	0,1
Europa (ohne Deutschland)		978,6	7,0
USA und Kanada	AA+/AAA	19,2	0,1
Australien und Neuseeland	AAA/AA	11,2	0,1
Sonstiges	AAA bis CCC	6,1	0,0
Außerhalb Europas		36,5	0,3
Kreditvolumen		13.906,1	100,0

Das Kreditportfolio der Naspa beinhaltet Staatsanleihen der Länder Italien mit einem Buchwert von 74,9 Mio. EUR, Spanien mit einem Buchwert von 75,2 Mio. EUR und Portugal mit einem Buchwert von 70,4 Mio. EUR zum 31.12.2016.

Bei den Beteiligungen handelt es sich im Wesentlichen um strategische Beteiligungen an Unternehmen des Sparkassenverbundes.

Insgesamt bewegt sich das Adressrisiko in dem von der Naspa vorgesehenen Rahmen. Dies wird sich aller Voraussicht nach im Jahr 2017 fortsetzen.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bezeichnen potenzielle Verluste durch ungeplante bzw. unerwartete Preisschwankungen an den Märkten und sie werden von der Naspa teilweise bewusst eingegangen. Im Zentrum der Marktpreisrisiken stehen bei der Naspa das **Zinsänderungsrisiko** zzgl. Risiken aus impliziten Optionen (Gefahr einer von Marktzinsänderungen herbeigeführten negativen Abweichung von einer erwarteten Zinsergebnisgröße) und das **Spreadrisiko** (Gefahr von marktinduzierten Auf-/Abschlägen auf die ratingabhängigen Renditen von Wertpapieren). Vor dem Hintergrund der fortgesetzten Niedrigzinsphase wurden im Rahmen der Risikoinventur die Risiken aus **Pensionsverpflichtungen** als wesent-

lich klassifiziert. Darüber hinaus werden das **Währungsrisiko** (Gefahr, dass durch die mögliche Wertänderung einer offenen Devisenposition das erwartete Ergebnis verfehlt wird), das **Immobilienrisiko** (potenziell negative Wertänderungen des unternehmenseigenen Immobilienbestands) und das **Optionsrisiko** (Gefahr für den Wert einer Option durch die nachteilige Entwicklung preisbeeinflussender Parameter) betrachtet.

Grundsätze für die Behandlung und den Umgang mit Marktpreisrisiken finden sich in der Risikostrategie. Der Zentralbereich Gesamtbanksteuerung übernimmt die Verantwortung für das Risikocontrolling inkl. der Methodenkompetenz für die Risikomessung. Hier wird monatlich überwacht, dass alle Marktpreisrisiken – insbesondere die im Zentrum der Steuerung stehenden Limite des wertorientierten Steuerungskreises sowie die Gesamtbanklimite für Marktpreisrisiken – eingehalten werden. Die operative Portfoliosteuerung übt der ZB Kapitalmärkte und Kommunen aus. Zusätzlich können Risikosteuerungsmaßnahmen auch durch den Dispositionsausschuss im Rahmen der jeweiligen Geschäftsordnung wahrgenommen werden.

Zinsänderungsrisiken

Das für die Steuerung der Zinsänderungsrisiken relevante Zinsbuch der Naspa beinhaltet Payerswaps im Volumen von 3.392,0 Mio. EUR (Vorjahr: 2.560,0 Mio. EUR),

Receiverswaps von 1.329,0 Mio. EUR (Vorjahr: 1.137,4 Mio. EUR) und keine Eonia-Swaps (Vorjahr: 130,0 Mio. EUR), die ein wesentliches Instrument zur Steuerung der Festzinspositionen, zur Risikobegrenzung und zur Sicherung der Zinsmarge darstellen.

Die Naspa überwacht die Zinsänderungsrisiken durch deren Messung im Rahmen der wertorientierten Risikotragfähigkeit, durch Messung der Auswirkungen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks und durch Messung des Zinsspannenrisikos im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis.

Im wertorientierten Steuerungskreis (Gone-Concern) berechnet die Naspa zwei Arten von Value at Risk-Kennzahlen (VaR) mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation, die als Abweichung vom Erwartungswert definiert werden. Die historischen Zinsszenarien zur Risikomessung werden aus Pfandbriefkurven der Jahre 1988 bis zum aktuellen Stichtag ermittelt. Der erste VaR (Konfidenzniveau 99,9 % mit Haltedauer 12 Monate) wird für die Gesamtrisikotragfähigkeit der Naspa benötigt und ist wesentlicher Bestandteil der dort einfließenden Marktpreisrisikokomponente. Der zweite VaR (Konfidenzniveau 95 % mit Haltedauer 3 Monate) ist wesentlicher Bestandteil der Risk-/Return-Analyse der Naspa zur Steuerung der Geschäftsfelder. Da die Naspa im Zinsbuch eine wertorientierte Zinsbuchsteuerung mit passivem Managementansatz verfolgt, hat sie eine effiziente Benchmark festgelegt, deren Cashflow-Struktur und Risiko als Vorbild für die Modellierung des Gesamtbankcashflows dient. Als maximale Risikoabweichung vom Benchmarkrisiko wurden Risikolimits von +/-0,5 Prozentpunkten (Hebel 1,00) festgelegt. Diese Risikolimits stellen somit eine Schwankungsbreite um den Benchmark-Risikowert dar, welcher aufgrund des passiven Managementansatzes üblicherweise nicht präzise erreicht wird.

Für die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Messung der Zinsänderungsrisiken ist das maximale Zinsänderungsrisiko der Gesamtbank gemäß § 25a i. V. m. § 24 KWG sowie Rundschreiben 11/2011 (BA) auf das Limit für die unerwartete Zinsänderung begrenzt. Der barwertige Verlust darf in der internen Steuerung bei einer Ad-hoc-Zinsverschiebung um +/-200 Basispunkte maximal 20,0 % der Eigenmittel betragen. Abweichungen sind nur bei Freiräumen im aufsichtsrechtlichen Backtest zulässig. Per Dezember 2016 beträgt der Koeffizient bei einer Zinserhöhung von 200 Basispunkten 13,2 % (Dezember 2015: 21,4 %). Der Rückgang des Koeffizienten ist im Wesentlichen auf die Anpassung der Zinsbuchbenchmark auf gleitend 10 Jahre sowie die Berücksichtigung der in der Bilanz verbleibenden Pensionsverpflichtungen zurückzuführen.

Im Rahmen des GuV-/periodenorientierten Steuerungskreises werden für die Messung der Zinsänderungsrisiken monatlich Szenario-Analysen durchgeführt. Ausgehend von dem Erwartungswert aus der Unternehmensplanung bzw. der unterjährigen Hochrechnung wird in einem ersten Schritt für den Risikofall basierend auf einer historischen Simulation die Zinsstruktur ermittelt, die in der gemeinsamen Betrachtung von Zinsüberschuss und zinsinduziertem Bewertungsergebnis Wertpapiere den größten Risikowert ergibt. Im zweiten Schritt werden für den so ermittelten Risikofall die zusätzlichen Auswirkungen aus Veränderungen der Geschäftsstruktur (Wachstumsraten, Margenveränderungen, Inanspruchnahmen impliziter Optionen) quantifiziert. Das Gesamtrisiko für den Steuerungskreis (Going-Concern) – definiert als Abweichung vom Erwartungswert – errechnet sich aus der Addition aller drei Einzelkomponenten. Die Risikomessung erfolgt dabei auf Sicht des nächsten Bilanzstichtages sowie eines rollierenden 12-Monats-Zeitraums.

Die Analyse hinsichtlich möglicher Verlustpotenziale aus zinssensitiven Risiken zeigt für alle Steuerungsgrößen und Risikoaspekte ein differenziertes Bild: Bei den meisten Größen ist der Anstieg der Zinsen das für die Naspa relevante Risikoszenario, für den Zinsüberschuss ist jedoch die Wirkung des Zinsrückgang-Szenarios maßgeblich.

Spreadrisiken

Für Spreadrisiken erfolgt die Risikomessung monatlich auf Basis von Spreadaufschlägen, die vom DSGV zur Verfügung gestellt werden und auf Marktwerten beruhen. Je nach Steuerungskreis werden aus den Zeitreihen des DSGV Spreadaufschläge mit einem Konfidenzniveau von 95,0 bzw. 99,9 % ermittelt. Ausgangspunkt für die Szenario-Analyse sind sämtliche Wertpapiere im Bestand der Naspa. Im periodenorientierten Steuerungskreis wird zusätzlich das geplante Neugeschäft berücksichtigt, um das Risiko aufgrund fälliger Wertpapiere im Simulationshorizont (1 Jahr) nicht zu unterzeichnen. Auch hier kam es 2016 in der wertorientierten Sichtweise zu einer methodischen Umstellung, indem auf das vom DSGV empfohlene Modell gewechselt wurde, was ebenfalls zu einer Verringerung der Risikokennzahlen führte.

Sonstige Marktpreisrisiken

Für die Pensionsverpflichtungen wurde ein mehrstufiges Auslagerungsmodell mit verschiedenen Komponenten gewählt. Teil dieses Modells ist u. a. ein nicht versiche-

rungsförmiger Pensionsfonds. Das Auslagerungsmodell wird in der Risikotragfähigkeitskonzeption, in der Kapitalplanung sowie in den Stresstests entsprechend dem gekapselten Verfahren abgebildet. Dabei werden aus dem zur Deckung vorgehaltenen Vermögen, den daraus resultierenden Risiken und den entsprechenden Verpflichtungen aus den Pensionszusagen in einem je nach Komponente differenzierten Verfahren etwaige Belastungen der Risikotragfähigkeit ermittelt. Zum 31. Dezember 2016 resultiert keine Belastung der Risikotragfähigkeit aus den Pensionsverpflichtungen. Weitere Ausführungen zu den Pensionsverpflichtungen befinden sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Bei den **übrigen Marktpreisrisiken** handelt es sich aufgrund ihres Umfangs nicht um wesentliche Risiken. Für die monatliche Risikotragfähigkeitsbetrachtung werden diese Risiken dennoch mit Hilfe von Varianz-Kovarianz-

Ansätzen (Devisen oder Expertenschätzungen (Immobilien)) berücksichtigt.

Neben der führenden operativen Steuerung bzw. Begrenzung durch eine wertorientierte Limitsystematik existiert ein System von Verlustobergrenzen und Volumenbegrenzungen (Kontingenten). Im Rahmen eines Vorstandsreportings werden wöchentlich die aufgelaufenen GuV-Bewertungsergebnisse des Handelsbuchs (Devisen) sowie das Monitoring-Portfolio des Anlagebuchs (restliche Handelsgeschäfte) ermittelt und den Verlustobergrenzen gegenübergestellt. Gleichzeitig erfolgt der informatorische Ausweis der auf Basis eines Konfidenzniveaus von 95 % und einer Haltedauer von 10 Tagen berechneten Value-at-Risk-Werte. Über die Entwicklung der Marktpreisrisiken wird der Vorstand monatlich im Rahmen eines Risikoberichts vollumfänglich informiert.

Marktpreisrisiken 31.12.2016	Anlagebuch	Handelsbuch	Summe	Limitierung	Risiko Vorjahr
Gone-Concern	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Zinsbuch	148,5	0,0	148,5	137,0	163,9
Spread-VaR	38,0	0,0	38,0	120,0	96,1
Sonstige Marktpreisrisiken	6,4	3,6	10,0	13,0	10,4
Summe	192,9	3,6	196,5	270,0	270,4

Marktpreisrisiken 31.12.2016	Anlagebuch	Handelsbuch	Summe	Risiko Vorjahr
Going-Concern	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Zinsüberschuss inkl. Geschäftsstruktur		9,0	9,0	10,5
Zinsinduzierte Wertpapierabschreibungen		34,3	34,3	32,8
Spread-VaR		27,4	27,4	28,6
Sonstige Marktpreisrisiken		1,1	2,1	2,5
Summe		71,8	72,8	74,5

Zum Stichtag wurden das Gesamtlimit, die Benchmarks und die Verlustobergrenzen entsprechend den internen Vorgaben eingehalten. Beim Teillimit Zinsbuch kommt es zu einer Überschreitung, die jedoch innerhalb der akzeptierten Bandbreiten liegt. Auch im Jahresverlauf bewegten sich die Risikowerte im Wesentlichen innerhalb der für die Risikosteuerung definierten Bandbreiten und Korridore. Der Rückgang des Risikos aus dem Zinsbuch in der Gone-Concern-Sicht von 163,9 Mio. EUR auf 148,5 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf die Anpassung der Zinsbuchbenchmark auf gleitend 10 Jahre zurückzuführen.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko versteht die Naspa die Gefahr, dass das Kreditinstitut zahlungsunfähig wird bzw. seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Liquiditätsrisiken ergeben sich aufgrund der asynchronen und unsicheren Verteilung zwischen Mittelzuflüssen und -abflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation begründet ist.

Für die Naspa stellt insbesondere der Aspekt des Abruftrisikos eine Gefahr dar, dass zugesagte Kreditlinien unerwartet in Anspruch genommen oder Einlagen unerwartet abgezogen werden. Es kann damit sowohl ein aktives als auch ein passives Liquiditätsrisiko dargestellt werden.

Die Verantwortung für die operative Liquiditätsrisiko- steuerung liegt im Zentralbereich Kapitalmärkte und Kommunen. Das Risikocontrolling der Liquiditätsrisiken wird vom ZB Gesamtbanksteuerung vorgenommen.

Die Ausgestaltung des Liquiditätsrisikomanagements erfolgt bei der Naspa in drei Stufen:

Ausgestaltung	Tägliche Liquiditätsdisposition	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung sowie der CRR/CRD IV	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz
Ausprägung	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Verteuerung der Refinanzierung
Zeithorizont	Täglich	1 Monat	Bis 15 Jahre
Risikotoleranz	Keine, d. h., Zahlungsverpflichtungen sind täglich zu erfüllen	Schwellenwerte für Liquiditätskennzahl, Schwellenwerte für LCR	Limit für barwertige Liquiditätsrisikokosten
Einfluss auf die Risikotragfähigkeit	Nein	Nein	Ja
Früherkennung von Liquiditätsrisiken	Ungewöhnliche Zahlungsausgänge und/oder eingeschränkte Handelsmöglichkeiten	Liquiditätskennzahl im Zeitvergleich, Entwicklung der hochliquiden Aktiva sowie der LCR im Zeitvergleich	Möglicher künftiger Liquiditätsbedarf

Tägliche Liquiditätsdisposition: Hierbei handelt es sich in erster Linie um ein Instrument zur Überwachung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos sowie zur Überwachung der Gefahr, dass zugesagte Kreditlinien unerwartet in Anspruch genommen oder Einlagen unerwartet abgezogen werden. Ziel ist es, dass die Naspa ihre Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann. Die tägliche Liquiditätsdisposition erfolgt durch eine Überwachung der Zahlungsströme, bei der ungewöhnliche Entwicklungen frühzeitig identifiziert werden sollen. Kriterien hierfür sind vermehrte Inanspruchnahmen eines Übernachtkredits bei der Europäischen Zentralbank, vermehrte Abrufe von Kundeneinlagen sowie ein ungewöhnlicher Anstieg der Inanspruchnahme von Darlehenszusagen durch Kunden.

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung: Für die Festlegung der Zielrisikostruktur orientiert sich die Naspa an der Liquiditätskennzahl (Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den Zahlungsverpflichtungen in einem Fälligkeitszeitraum von einem Tag bis zu einem Monat) gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV). Dafür werden Schwellenwerte und Ziele definiert. Die Schwellenwerte führen zu einer internen Einstufung des Liquiditätsrisikos in einen grünen, gelben oder roten Bereich.

Ziel ist es, dass sich die Liquiditätskennzahl für die Naspa im grünen Bereich befindet. Wird eine Liquiditätskennzahl im gelben Bereich ermittelt, müssen die Ursachen analysiert werden, die zu dem Engpass geführt haben. Es ist zu entscheiden, ob und welche Maßnahmen zur Verhinderung eines Liquiditätsengpasses (Vorstufe zur Illiquidität) einzuleiten sind. Befindet sich die Liquiditätskennzahl im roten Bereich (= Notfall), müssen die Ursachen analysiert werden, die zu dem Engpass geführt haben. Es sind unverzüglich Gegensteuerungsmaßnahmen zur Beschaffung von Liquidität anhand der Liquiditätsliste einzuleiten und ein Ad-hoc-Bericht ist zu erstellen.

Die Kennzahl stellte sich bei einer Mindestanforderung von 1,0 zum jeweiligen Quartalsende gemäß der Meldung an die Deutsche Bundesbank wie folgt dar:

Liquiditätskennziffer gemäß Meldung nach LiqV				
31.12.2015	31.03.2016	30.06.2016	30.09.2016	31.12.2016
2,16	1,91	1,71	2,01	1,70

Auch die Beobachtungskennzahlen für das Verhältnis der Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen für einen Zeitraum von mehr als einem Monat und bis zu zwölf Monaten zeigen mit Werten von 6,48, 2,53 bzw. 2,63 eine ausreichende Liquiditätslage.

Zudem wurde die Survival Period (Kennzahl zur Zahlungsfähigkeitssituation) gemäß dem DSGVO-Konzept als Steuerungsgröße in die Liquiditätsmanagementkonzeption aufgenommen.

Survival Period gemäß DSGVO-Konzept in Monaten				
31.12.2015	31.03.2016	30.06.2016	30.09.2016	31.12.2016
7,13	10,04	12,03	12,03	18,03

Die Liquiditätskennzahl wird durch die Liquidity Coverage Ratio (LCR) ergänzt. Seit dem 30.09.2016 wird die LCR gem. del. VO gemeldet. Die Einhaltung der LCR-Mindestquote von 70,0 % sowie die dazugehörigen Schwellenwerte wurden täglich überwacht (Schwankungsbreite 77,0 % bis 141,9 %). Ab dem Schwellenwert von 77,5 % wurden entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Herleitung LCR Schwellenwert (ab 01.01.2016)		31.12.16
	in %	in %
Aufsichtsrechtliche Mindestquote	70,0	132,9
Puffer für DSGVO-Ampel	7,5	
Schwelle roter Bereich	77,5	
Puffer Frühwarnfunktion	7,5	
Schwelle gelber Bereich	85,0	

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz: Auf Basis der vierteljährlich ermittelten Liquiditätsablaufbilanz wird eine Verteuerung der Refinanzierung über alle Laufzeiten unterstellt. Das Refinanzierungsrisiko stellt die Zusatzkosten dar, die nach Anstieg der Liquiditätsspreads für das Schließen der errechneten Refinanzierungslücke entstehen. Für das Liquiditätsrisiko des wertorientierten Steuerungskreises der Risikotragfähigkeit besteht ein Limit für die so ermittelten barwertigen Liquiditätsrisikokosten von 5,0 Mio. EUR. Per 31.12.2016 wurden barwertige Liquiditätsrisikokosten in Höhe von 2,5 Mio. EUR ermittelt. Das Limit ist somit zu 50,0 % ausgelastet. Für den GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis wurden Liquiditätsrisikokosten von 0,1 Mio. EUR identifiziert.

Die wesentlichen Refinanzierungsquellen werden in einer eigenen Übersicht geführt, die unter anderem das Kundengeschäft, den Geldhandel, die Mittelaufnahme bei der Europäischen Zentralbank sowie langfristige Refinanzierungen wie zum Beispiel die Emission von Pfandbriefen beinhaltet. Aus dieser Übersicht wird für die Notfallplanung eine Liquiditätsliste aller verfügbaren Liquiditätsquellen nach bestimmten Kriterien (Volumen, Zugriffsgeschwindigkeit, zeitliche Verfügbarkeit, Kosten der Inanspruchnahme) abgeleitet.

Im Jahr 2016 wurden Steuerungsmaßnahmen zur Sicherstellung der zukünftigen Liquidität unter anderem durch die Ausgabe neuer Pfandbriefe im Volumen von 100 Mio. EUR (Vorjahr: 98 Mio. EUR) umgesetzt.

Die Naspa hat im Jahr 2014 ein verursachungsgerechtes Kostenverrechnungssystem für Liquiditätskosten gem. BTR 3.1 Tz. 5 der MaRisk etabliert. Seit dem 30.09.2016 werden diese Berechnungen sowohl für das Ist-Geschäft als auch für die Neugeschäftsplanung genutzt. Der Vorstand wird monatlich über die Liquiditätssituation und quartalsweise im Rahmen des Risikoberichts über die Liquiditätsrisiken informiert. Dieser beinhaltet unter anderem die Entwicklung der Liquiditätskennzahl (inklusive weiterer Szenario-Analysen), die Liquiditätsablaufbilanz sowie die Entwicklung der barwertigen Liquiditätsrisikokosten, mögliche Liquiditätsengpässe, die Zusammensetzung der Liquiditätsliste, die Übersicht der Refinanzierungsquellen, die Fälligkeitsübersicht sowie eine Analyse der im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Risikokonzentrationen.

Die Zahlungsfähigkeit der Naspa war jederzeit gewährleistet. Zum Stichtag wurden sämtliche Limite, Schwellenwerte und Beobachtungskennzahlen eingehalten. Nach unseren Erwartungen wird die Zahlungsfähigkeit der Naspa aufgrund der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen auch für das Jahr 2017 gewährleistet sein.

Überwachung und Steuerung Operationeller Risiken

Die Naspa definiert Operationelle Risiken als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, von Mitarbeitern, von internen Verfahren oder infolge von externen Einflüssen eintreten.

Das Management der Operationellen Risiken unterliegt bei der Naspa dezentral den einzelnen Organisationseinheiten. Grundsätzlich ist der Leiter für das Risikomanagement für die in seiner Organisationseinheit identifizierten Risiken sowie für die Meldung von entstandenen Schadensfällen an den Zentralbereich Gesamtbanksteuerung verantwortlich. Zur Vermeidung oder Reduzierung von Operationellen Risiken hat die Naspa unter anderem im Rahmen des internen Kontrollsystems aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen zur technisch-organisatorischen sowie personellen Ausstattung getroffen. Potenziellen Notfällen bei zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen wird mit einem Notfallkonzept Rechnung getragen. Dessen Wirksamkeit und Angemessenheit wird jährlich durch Notfalltests überprüft.

Hierbei ist das Notfallhandbuch ein zentraler Bestandteil der Konzepte der Naspas zur IT-Sicherheit. Die Wirksamkeit und Funktion aller Notfallvorsorgemaßnahmen und Notfallpläne wird in einem jährlichen Turnus in Form von Notfallübungen überprüft und zusätzlich dokumentiert.

Mit der Optimierung von Geschäftsprozessen, Einstellen oder Outsourcing bestimmter Geschäftsaktivitäten sowie durch den Abschluss von Versicherungen bestehen Instrumentarien zur Steuerung Operationeller Risiken. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit Operationellen Risiken fest und entscheidet über Steuerungsmaßnahmen. Im Rahmen des jährlichen Risikoberichts wird der Vorstand umfassend über die Entwicklung der Operationellen Risiken informiert.

Eine Schadensfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung von Schadensfällen aus der Vergangenheit (ex post). Sie gewährleistet die Identifikation aller Operationellen Risiken, die zu Schadensfällen von mindestens 1 TEUR (brutto) geführt haben. Berücksichtigt werden dabei auch Schäden aus Operationellen Risiken, die bei Kreditengagements ab 75 TEUR schlagend werden. Schadensfälle ab 1 Mio. EUR werden von der Naspas als wesentlich definiert und unterliegen gesonderten Reportingregeln. Im Gesamtjahr 2016 wurden insgesamt 160 kontenwirksame Schadensfälle mit einem Bruttoschaden von 1.911 TEUR und einem Nettoschaden (Schaden nach Abzug von Versicherungsleistungen und sonstigen Minderungen) von 1.466 TEUR gemeldet. Die Kategorisierung aller Schadensfälle ermöglicht eine systematische Ursachenforschung.

Darüber hinaus dient eine implementierte Risikolandkarte als zukunftsorientiertes Controllinginstrument zur frühzeitigen Erkennung solcher Risiken, bevor sie schlagend werden (ex ante). Anhand von verschiedenen Szenarien werden mögliche Risiken im kommenden Geschäftsjahr identifiziert, quantitativ bewertet und kategorisiert. Aus der Quantifizierung dieser Sachverhalte leiten sich die Werte erwarteter Verluste und mögliche negative Abweichungen in der GuV-bezogenen Risikotragfähigkeit ab. Qualitativ werden die Analysen zur Überprüfung und gegebenenfalls Optimierung bestehender Prozesse und Sicherungseinrichtungen genutzt. Für die im Rahmen der Risikolandkarte erstellten Szenarien wurde ein Verlustpotenzial auf Sicht eines Jahres von 5,2 Mio. EUR (Vorjahr: 5,6 Mio. EUR) identifiziert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Verlustpotenzial geringfügig verringert.

Operationelle Risiken werden nach den DSGVO-Ursachen-/Funktionskategorien differenziert dargestellt. Ak-

tuell nutzt die Naspas das vereinfachte Schätzverfahren des DSGVO, das einen Value at Risk (OpVaR) sowie einen Expected Loss (EL) errechnet.

Eine Bewertung der Operationellen Risiken erfolgt im Rahmen des jährlichen Risikoberichts. Dieser Risikobericht wird dem Vorstand vorgelegt. Hierbei werden u. a. die institutseigenen Daten mit den Daten aus dem Datenpooling des DSGVO auf aggregierter Ebene verglichen. Darüber hinaus erfolgt für die größten Schadensfälle ein Abgleich auf Einzelebene.

Aus der Quantifizierung der Risiken ergibt sich für den wertorientierten Steuerungskreis ein VaR (Konfidenzniveau: 99,9 %) in Höhe von 35,4 Mio. EUR. Der Grund für den deutlichen Rückgang des Risikos liegt in der Einführung vereinfachter Schätzverfahren. Das Limit für Operationelle Risiken von 67 Mio. EUR (Vorjahr: 55 Mio. EUR) ist mit 52,8 % (Vorjahr: 95,1 %) ausgelastet.

Die erwarteten Verluste im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis liegen mit 1,6 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres (2,5 Mio. EUR), was ebenfalls auf die Einführung vereinfachter Schätzverfahren zurückzuführen ist. Der ermittelte Value at Risk (Konfidenzniveau: 95,0 %) zum 31. Dezember 2016 betrug 3,6 Mio. EUR (Vorjahr: 3,0 Mio. EUR).

Zusammenfassend bewegten sich die Operationellen Risiken im erwarteten unkritischen Rahmen. Außergewöhnliche Entwicklungen waren nicht festzustellen.

Überwachung und Steuerung Sonstiger Risiken

Alle Risiken, die sich nicht oder nicht eindeutig den aufgezählten Risiken zuordnen lassen, werden als **Sonstige Risiken** bezeichnet. Dazu gehören Reputationsrisiken, Modellrisiken, insbesondere aber auch Geschäftsrisiken/Vertriebsrisiken als Verlustpotenzial aus eventuellen Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen sowie Strategische Risiken aus der grundsätzlichen Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse. Modellrisiken werden dabei als Verlustpotenziale und/oder Fehlsteuerungsimpulse definiert, die sich aus dem notwendigen Einsatz von Modellen in der Risikosteuerung ergeben.

Die Sonstigen Risiken in Form der Modell-, Geschäfts- sowie Reputationsrisiken werden bei den im strategischen und operativen Geschäft erfolgenden Entscheidungen und Maßnahmen implizit berücksichtigt. Die Möglichkeiten zur Messung dieser Risiken – in Anlehnung an Verfahren, wie sie bei Adressrisiken oder

Marktpreisrisiken zum Einsatz kommen – befinden sich in der Finanzbranche in einem kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess. Bis diese Messverfahren umfassend zum Einsatz kommen können, unterliegen die Sonstigen Risiken einer rein qualitativen Bewertung. Das Geschäftsrisiko, neben dem Modellrisiko das einzige Sonstige Risiko, das als wesentlich eingeschätzt wird, wird zwischenzeitlich bei der Risikotragfähigkeitsrechnung im wertorientierten Steuerungskreis mit einer Pauschale in Höhe von 39,3 Mio. EUR (Vorjahr: 45 Mio. EUR) berücksichtigt. Bei Auffälligkeiten würden diese im Risikobericht Gesamtbankrisiken berichtet.

Bei den Sonstigen Risiken ergaben sich keine Auffälligkeiten. Es bestand kein Anlass zu außerplanmäßigen Steuerungsmaßnahmen.

Prognosebericht

Die im Herbst 2016 aufgestellte Planung für das Geschäftsjahr 2017 berücksichtigt die Prognosen verschiedener Wirtschaftsinstitute und die Einschätzung des Vorstandes zu den wirtschaftlichen Rahmendaten sowie das Geschäftsmodell der Sparkasse. Die tatsächlichen Ergebnisse können trotz sorgfältiger Planung von den prognostizierten Entwicklungen abweichen. Die Naspa verfügt jedoch über geeignete Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen zeitnah zu erkennen, zu analysieren und bei Bedarf steuernd einzugreifen.

Für das Jahr 2017 gehen die einschlägigen aktuellen Prognosen von einer erneut guten Entwicklung in Deutschland aus. Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe prognostizieren dabei eine weiterhin leicht ansteigende Erwerbstätigkeit mit einer leicht rückläufigen Arbeitslosigkeit. Das Wachstum des realen, kalenderbereinigten Bruttoinlandsproduktes wird dabei auf 1,3 % geschätzt. Somit wird das Jahr 2017 voraussichtlich ein erneut gutes Konjunkturjahr und das vierte Jahr in Folge mit einem Wachstum über dem Durchschnitt der letzten Dekade.

Getragen werden soll das Wachstum nach den Prognosen der Chefvolkswirte erneut von der Binnenkonjunktur, wobei eine weitere Normalisierung bei der Preisentwicklung wahrscheinlich erscheint und die Wachstumsbeiträge des Konsums etwas schwächer als im Vorjahr erwartet werden. Für das Jahr 2017 ist die europäische Geldpolitik weitgehend festgelegt. Vor dem Ende des laufenden Ankaufprogrammes für Anleihen ist eine Anhebung der Leitzinsen praktisch ausgeschlossen und der Negativzins der EZB bleibt im Euroraum als Vorgabe für alle kurzfristigen Geldmarktkonditionen vorerst erhalten.

In Anbetracht der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Naspa hinsichtlich der Finanzmarktindikatoren von keinen wesentlichen Veränderungen im kommenden Geschäftsjahr aus. Das derzeit niedrige Zinsniveau wird aus Sicht der Sparkasse weiterhin Bestand haben, sodass die Planungsrechnungen für das Jahr 2017 eine Seitwärtsbewegung des Zinsniveaus in allen Laufzeitbändern unterstellen. Der Wettbewerb unter den Kreditinstituten, der im Geschäftsgebiet der Naspa infolge der historisch gewachsenen Gemengelage eine besondere Ausprägung aufweist, stellt insbesondere im Privatkundengeschäft eine Herausforderung dar. Insgesamt rechnet die Sparkasse mit einer Abschwächung des Betriebsergebnisses nach Bewertung, die marktbedingt aus dem operativen

Ergebnis sowie aus einem durchschnittlichen Bewertungsergebnis herrührt.

Darüber hinaus wird ein komplexes regulatorisches Umfeld mit hoher Regelungsdichte und sich ständig ändernden gesetzlichen Vorgaben zum Aufbau von Ressourcen in administrativen Bereichen führen. Diese Mehrbelastungen wurden in den Planungsrechnungen berücksichtigt.

Des Weiteren bringt der Digitalisierungstrend eine Welle von Drittanbietern aus der mittelbaren Finanzbranche und anderen Industrien hervor, denen die Sparkasse mit angemessenen Angeboten begegnen muss. Neue Bezahlsysteme wie zum Beispiel Apple-Pay sind in Deutschland zwar noch nicht marktreif oder durchgesetzt, können aber den elektronischen Zahlungsverkehr mit den etablierten Ertragsmodellen aus Sicht der Sparkassen-Organisation gefährden. Als Vertriebssparkasse begegnet die Naspa diesen Herausforderungen mit einem umfassenden Maßnahmenprogramm. Hierzu zählt insbesondere die Einführung der Internet Filiale 6 der Finanzinformatik, als stabile, zukunftsfähige Technologiebasis. Hiermit soll nicht zuletzt dem zunehmenden Trend der mobilen Online-Nutzung Rechnung getragen werden.

Angesichts der erwarteten zins- und wettbewerbsinduzierten Situation rechnet die Naspa weiterhin mit Herausforderungen im Kundeneinlagen- und Kundenkreditgeschäft. Sowohl im Passiv- als auch im Aktivgeschäft wird von moderaten Wachstumsraten ausgegangen.

Aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten an den Kapitalmärkten werden die Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft mit Kunden unter Druck bleiben.

Betriebswirtschaftliches Ergebnis*	Planung 2017	2016
	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Zinsüberschuss	222,2	236,0
Provisionsüberschuss	83,3	85,3
Personal-/Sachaufwand	206,3	207,4
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,3	2,0
Handelsergebnis	0,5	1,2
Betriebsergebnis vor Bewertung	97,5	113,1
Bewertungsergebnis	-26,0	-44,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	71,5	69,1
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-7,1	14,8
Ergebnis vor Steuern	64,4	83,9
Steuern	-21,7	-33,0
Jahresüberschuss	42,7	50,9
Cost-Income-Ratio	67,9 %	64,7 %

*Ausweis gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen

Insgesamt erwartet die Naspa für das kommende Geschäftsjahr Erträge – Zinsen und ordentliche Erträge – unter dem Ertragsniveau des Vorjahres. Das anhaltend niedrige Zinsniveau wirkt sich nach wie vor belastend auf den Zinsüberschuss aus. Weiterhin wurden bei den Planungsrechnungen keine ergebnisstabilisierenden Maßnahmen für das Jahr 2017 berücksichtigt. Beim Provisionsüberschuss prognostiziert die Sparkasse einen leichten Rückgang, welcher sich aus rückläufigen Erträgen im Vermittlungsgeschäft sowie verminderten Gebührenerträgen durch regulatorische Vorgaben ergibt.

Im Verwaltungsaufwand wird hingegen mit einer leichten Entlastung geplant, die sich insbesondere durch weitere geplante Einsparmaßnahmen in den Sachaufwendungen ergibt. Hintergrund sind die im Jahr 2016 vorgenommenen strategischen Investitionen, die mittelfristig dazu beitragen sollen, die Kostendynamik zu begrenzen. Für das Jahr 2017 wird in den Planungsrechnungen entsprechend dem aktuellen Tarifvertrag keine Tarifsteigerung unterstellt, sodass sich der Personalaufwand voraussichtlich auf Vorjahresniveau bewegen wird. Die Sparkasse erwartet insgesamt für das kommende Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis vor Bewertung von 97,5 Mio. EUR. Unter den dargestellten Annahmen muss allerdings damit gerechnet werden, dass sich die Cost-Income-Ratio auf 67,9 % erhöht, gleichwohl aber auf dem Niveau einer Großsparkasse bleiben wird.

Der erwartete Bewertungsaufwand wird im Vorjahresvergleich deutlich höher ausfallen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr führten hohe Auflösungen von Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft zu einem, ohne Berücksichtigung der Zuführung von Vorsorgereserven nach § 340g HGB in Höhe von 58,1 Mio. EUR, per saldo positiven Bewertungsergebnis. Diese Entwicklung wird sich nach den Planungen der Sparkasse nicht fortsetzen, sodass mit geringeren Auflösungen gerechnet wird. Der Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft wird aufgrund von absehbaren „über pari“-Abschreibungen ansteigen. Das neutrale Ergebnis ist im abgelaufenen Geschäftsjahr durch Sonderfaktoren begründet, die für die Planungsrechnungen 2017 unberücksichtigt bleiben. Für das kommende Geschäftsjahr wird weiterhin mit einer positiven Eigenkapitalrentabilität gerechnet. Das außerordentlich gute Ergebnis des Vorjahres wird aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen planmäßig nicht mehr erzielt werden können, dennoch wird es zufriedenstellend bleiben.

Weichen die der Planung zugrunde liegenden wirtschaftlichen Parameter oder auch andere exogene Faktoren wesentlich von der tatsächlichen Entwicklung ab, kann sich dies in erheblichem Umfang auf das Geschäftsergebnis des laufenden Jahres auswirken.

Gesamtaussage

Insgesamt betrachten wir die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage der Naspa im Jahr 2016 als geordnet. Die Kernkapitalquote sowie die Gesamtkapitalquote werden sich 2017 nach Feststellung des Jahresabschlusses verbessern. Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir von einer ähnlichen Entwicklung in den operativen Ergebnispositionen aus. Insbesondere wird sich vor dem Hintergrund eines anhaltend niedrigen Zinsniveaus die Zinsspanne weiter verengen, da der Spielraum für marktbedingte Zinsanpassungen im Kundengeschäft ausgeschöpft ist. Insgesamt werden die Ergebnisse leicht unter dem Vorjahresniveau liegen. Für das Jahr 2017 sehen wir insbesondere Chancen in der Fortsetzung der konsequenten Anwendung eines ganzheitlichen Beratungsansatzes sowie der Aufstellung als digitale Vertriebssparkasse als Grundlage für eine langfristige Kundenbindung.

Sollte es zu einer nachhaltigen Stabilisierung an den Finanzmärkten und einer Erhöhung des Zinsniveaus kommen, besteht die Chance auf einen Anstieg der Ertragspositionen. Demgegenüber steht das korrespondierende Risiko steigender Bewertungsaufwendungen im Kredit- und Wertpapiergeschäft.

Beim Provisionsergebnis sehen wir das Risiko in einem sich weiter verschärfenden Preiswettbewerb sowie in sich verändernden Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von bestimmten Entgelten.

Bei den Personal- und Sachaufwendungen erwarten wir eine leichte Entlastung, welche in einem konsequenten Kostenmanagement begründet ist. In Anbetracht der sich verschärfenden Wettbewerbslage werden wir unverändert ein besonderes Augenmerk auf die Begrenzung unserer Aufwendungen, unter Berücksichtigung strategischer Investitionen, richten. Entsprechende organisatorische Maßnahmen und Strukturen sind etabliert und werden weiterentwickelt.

Wesentliche Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung sehen wir in der konjunkturellen Entwicklung, den politischen und geldpolitischen Unwegbarkeiten und in nicht vorhersehbaren Risiken, die im Zusammenhang mit den staatlichen Haushaltssituationen innerhalb der Eurozone entstehen können. Weiterhin bestehen Risiken bei gravierenden Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen und veränderter Verbraucherschutzbestimmungen.

Eine deutliche Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie eine negative Ent-

wicklung der Spreadrisiken würden auch wesentliche Auswirkungen auf die Einzelrisikoversorge für Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft und das Bewertungsergebnis Wertpapiere haben.

Hinsichtlich des Zinsniveaus ergeben sich dann erhebliche Nachteile für die Sparkasse, wenn die Zinsen bei den kurzen Laufzeiten deutlich stärker steigen als im mittel- und langfristigen Bereich und sich somit die Zinsstrukturkurve entgegen unseren Einschätzungen weiter verflachen würde. Demgegenüber wäre eine steilere Zinsstrukturkurve von Vorteil für die Sparkasse.

Bericht des Verwaltungsrates

Im Berichtsjahr haben sechs Sitzungen des Verwaltungsrates stattgefunden, in denen wir uns über die aktuelle Geschäfts-, Ertrags-, Liquiditäts- und Risikolage sowie die Eigenkapitalsituation der Naspa nebst Ausblick informierten, die Berichterstattung mit dem Vorstand erörterten und Empfehlungen abgaben. Sowohl schriftlich als auch mündlich wurde regelmäßig, umfassend und zeitnah berichtet. Der Jahresabschluss 2015 wurde von uns in der Sitzung am 19. April 2016 behandelt und festgestellt. Ferner haben wir mit dem Vorstand in den Sitzungen folgende Schwerpunktthemen erörtert und, soweit erforderlich, entsprechende Beschlüsse gefasst:

- Geschäfts- und Risikostrategien 2016
- Umsetzungscontrolling der Geschäftsstrategie
- Planungen
 - Planungsprämissen
 - Gesamtbankplanung
 - Detailplanung
 - Szenarioplanung
 - Anlage Sparkassenvermögen
- Mittelfristplanung
- Kapitalplanung
- Wahrnehmung von Aufgaben des Verwaltungsrates (§25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 3+4 KWG)
- Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen
- Vorstandsangelegenheiten
- Eigengeschäfte von Führungskräften („Directors Dealings“) gem. EU-Marktmisbrauchsverordnung
- Berichterstattungen über die Tätigkeit der Revision
- Jahresbericht des Compliance-Beauftragten
- Berichterstattung über den Verlauf und die Ergebnisse aus der Prüfung des Geschäftsbetriebs nach § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG
- Corporate Social Responsibility
- Nationale Umsetzung der EBA-Richtlinie zum SREP

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 21. Juni 2016 die Bestellung von Herrn Friedhelm Seekatz zum Verhinderungsvertreter für den Vorstandsvorsitzenden und von Herrn Thomas Vogt zum Verhinderungsvertreter für den Dezernenten F-Kunden beschlossen.

In der Sitzung am 30. August 2016 hat sich der Verwaltungsrat nach Ablauf der Amtsperiode 2011–2016 neu konstituiert. Darüber hinaus hat er in dieser Sitzung die

Bestellung von Herrn Michael Baumann zum weiteren Mitglied des Vorstands der Naspa beschlossen.

Der Verwaltungsrat war in alle bedeutenden Entscheidungen eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach eingehender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung überwacht.

In den Sitzungen der bestehenden Ausschüsse des Verwaltungsrates wurden die aufgabenbezogenen bedeutenden Themen des abgelaufenen Geschäftsjahres separat vertieft. Über wesentliche Beschlüsse und Beratungsgegenstände aus diesen Ausschüssen hat der Ausschussvorsitzende in den Sitzungen des Verwaltungsrates zeitnah informiert. Des Weiteren fanden regelmäßige Gespräche des Vorsitzenden des Verwaltungsrates mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Naspa statt, in denen über aktuelle operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde auch im Jahr 2016 wieder die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeboten. Einzelne Verwaltungsratsmitglieder haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen hat den aufgestellten Jahresabschluss per 31.12.2016 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Damit wurde testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht mit dem Jahresabschluss im Einklang steht.

Die Abschlussunterlagen – erstmals einschließlich der Prüfungsberichte zum Jahresabschluss – wurden allen Mitgliedern des Verwaltungsrates rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Der Abschlussprüfer hat an den heutigen Sitzungen des Bilanzausschusses und des Verwaltungsrates teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Dabei wurde der Bericht des Abschlussprüfers in beiden Sitzungen ausführlich erörtert. Nach der abschließenden Prüfung durch den Bilanzausschuss und unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss.

In seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2016 der Naspa festgestellt, den Lagebericht gebilligt und den Vorstand entlastet.

Dem Vorschlag des Vorstandes, den Jahresüberschuss – der dem Bilanzgewinn entspricht – der Sicherheitsrücklage zuzuführen, schließen wir uns an.

Der Verwaltungsrat sowie die aus seiner Mitte gebildeten Ausschüsse haben somit im Berichtsjahr die ihnen gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Naspa für ihre engagierte Leistung und die erfolgreiche Tätigkeit im Geschäftsjahr 2016.

Diesen Bericht des Verwaltungsrates zum Jahresabschluss 2016 hat der Verwaltungsrat in seiner heutigen Sitzung beschlossen.

Wiesbaden, 25. April 2017



Sven Gerich

Vorsitzender des Verwaltungsrates

Jahresabschluss

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2016

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Aktivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016	
		31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		119.373.718,20	84.987
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		59.721.199,60	142.103
		179.094.917,80	227.090
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,--	-
b) Wechsel		-,--	-
		-,--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		244.560.682,32	267.294
b) andere Forderungen		173.939.802,39	297.198
		418.500.484,71	564.492
4. Forderungen an Kunden		9.096.398.039,89	8.822.208
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	3.680.981.584,13 EUR		(3.633.611)
Kommunalkredite	1.018.521.277,70 EUR		(944.225)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	-,--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-- EUR		(-)
ab) von anderen Emittenten	114.022.128,94		178.979
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	94.022.845,48 EUR	114.022.128,94	(151.981)
178.979			178.979
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	395.819.293,57		459.777
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	395.819.293,57 EUR		(459.777)
bb) von anderen Emittenten	598.816.222,65		533.077
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	483.442.589,98 EUR	994.635.516,22	(428.635)
992.854			992.854
c) eigene Schuldverschreibungen		-,--	-
Nennbetrag	-,-- EUR		(-)
		1.108.657.645,16	1.171.834
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		34.140.224,55	131.547
6a. Handelsbestand		59.274,44	139
7. Beteiligungen		86.051.674,80	86.685
darunter:			
an Kreditinstituten	434.472,07 EUR		(1.067)
an Finanzdienstleistungsinstituten	5.570.827,10 EUR		(5.571)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		30.906.698,35	29.332
darunter:			
an Kreditinstituten	-,-- EUR		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-- EUR		(-)
9. Treuhandvermögen		15.430.990,62	19.107
darunter:			
Treuhandkredite	15.430.990,62 EUR		(19.107)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-,--	-
11. Immaterielle Anlagewerte			
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,--	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.233.548,00	1.604
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,--	-
d) geleistete Anzahlungen		112.425,25	42
		1.345.973,25	1.646
12. Sachanlagen		76.656.199,63	79.042
13. Sonstige Vermögensgegenstände		52.190.123,22	33.680
14. Rechnungsabgrenzungsposten		3.564.112,33	3.731
15. Aktive latente Steuern		115.647.466,35	129.511
Summe der Aktiva		11.218.643.825,10	11.300.044

Passivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016		
			31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		181.831.518,03		100.245
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.196.398.503,83		1.191.401
			1.378.230.021,86	1.291.646
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.559.993.345,78			1.657.840
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	109.373.249,31			101.534
		1.669.366.595,09		1.759.374
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	6.258.984.529,94			6.236.700
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	594.755.642,80			706.405
		6.853.740.172,74		6.943.105
			8.523.106.767,83	8.702.479
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		188.105.010,36		177.590
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		--		–
darunter:				
Geldmarktpapiere		--		(–)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		--		(–)
			188.105.010,36	177.590
3a. Handelsbestand			--	313
4. Treuhandverbindlichkeiten			15.430.990,62	19.107
darunter:				
Treuhandkredite	15.430.990,62 EUR			(19.107)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			14.535.864,07	11.791
6. Rechnungsabgrenzungsposten			546.505,47	1.300
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		17.474.854,69		89.667
b) Steuerrückstellungen		23.509.478,23		24.584
c) andere Rückstellungen		38.677.496,45		59.499
			79.661.829,37	173.750
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			--	–
10. Genussrechtskapital			--	12.000
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-- EUR			(12.000)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			74.501.040,00	16.448
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	48.040,00 EUR			(48)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) stille Einlagen	100.000.000,00			100.000
		100.000.000,00		100.000
b) Kapitalrücklage		--		–
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	793.620.673,94			759.585
		793.620.673,94		759.585
d) Bilanzgewinn		50.905.121,58		34.036
			944.525.795,52	893.621
Summe der Passiva			11.218.643.825,10	11.300.044
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		--		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		227.407.453,42		211.229
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		--		–
			227.407.453,42	211.229
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		--		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		--		–
c) unwiderrufliche Kreditzusagen		635.528.862,31		559.759
			635.528.862,31	559.759

Gewinn- und Verlustrechnung		für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	
		1.1.–31.12.2016	1.1.–31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	289.889.136,94		307.808
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	12.940.409,41		18.377
		302.829.546,35	326.185
2. Zinsaufwendungen		71.697.154,15	56.484
darunter:			
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 50.577,35 EUR			(131)
		231.132.392,20	269.701
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.758.038,42	178
b) Beteiligungen		7.097.737,14	8.600
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,--	599
		8.855.775,56	9.377
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			6.923.622,05
5. Provisionserträge		72.370.539,95	72.841
6. Provisionsaufwendungen		5.783.384,28	5.265
		66.587.155,67	67.576
7. Nettoaufwand des Handelsbestands			674.694,92
8. Sonstige betriebliche Erträge			28.290.076,82
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 868.463,24 EUR			(573)
aus der Abzinsung von Rückstellungen 3,50 EUR			(-)
9. (weggefallen)			341.114.327,38
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			363.876
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	88.466.333,81		92.317
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	14.909.162,19		42.489
darunter:			
für Altersversorgung	-,-- EUR		(26.685)
		103.375.496,00	134.806
b) andere Verwaltungsaufwendungen	90.939.543,01		87.375
		194.315.039,01	222.181
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		9.495.253,71	10.061
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		13.206.547,74	95.378
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 35.847,25 EUR			(111)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 2.314.595,65 EUR			(84.222)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,--	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		18.075.343,34	84.370
		18.075.343,34	84.370
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-,--	811
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		873.243,56	-
		873.243,56	811
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		653.101,31	763
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		58.053.000,00	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		84.339.972,51	119.053

		1.1.–31.12.2016	1.1.–31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		84.339.972,51	119.053
20. Außerordentliche Erträge		-,--	–
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,--	70.429
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	-,-- EUR		(70.429)
22. Außerordentliches Ergebnis		-,--	70.429
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.032.327,22		14.179
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	13.863.688,38 EUR		(32.871)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	402.523,71		410
		33.434.850,93	14.588
25. Jahresüberschuss		50.905.121,58	34.036
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-,--	–
		50.905.121,58	34.036
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,--		–
b) aus anderen Rücklagen	-,--		–
		50.905.121,58	34.036
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	-,--		–
b) in andere Rücklagen	-,--		–
29. Bilanzgewinn		50.905.121,58	34.036

Anhang der Nassauischen Sparkasse

zum 31. Dezember 2016

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Nassauischen Sparkasse zum 31. Dezember 2016 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Der Jahresabschluss wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag werden als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen und auf die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Von einer Vereinnahmung der Zinserträge wird – ungeachtet des Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

Strukturierte Finanzinstrumente werden entsprechend den Vorgaben der Stellungnahme zur Rechnungslegung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 22) grundsätzlich einheitlich bilanziert. Eine getrennte Bilanzierung der einzelnen Komponenten wird dann vorgenommen, wenn das eingebettete Derivat im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzlich andersartige Risiken oder Chancen aufweist und eine einheitliche Bilanzierung zu einer unzutreffenden Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen würde.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagebestandes und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip).

Die **Finanzinstrumente des Handelsbestandes** werden zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag und – sofern die Bewertung einen unrealisierten Gewinn ausweist – abzüglich eines Risikoabschlags bzw. zuzüglich eines Risikoaufschlags bewertet.

Handelsaktiva und Handelspassiva werden anhand des EZB-Referenzkurses bewertet. Sofern hierbei ein unrealisierter Gewinn entsteht, werden die entsprechenden Geschäfte mit einem Risikozuschlag bzw. -abschlag bilanziert. Der Risikozuschlag bzw. -abschlag wird in Form eines Value-at-Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie eines Beobachtungszeitraums von 250 Tagen berechnet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Wir haben unsere **Wertpapiere (Direktanlagen)** daraufhin untersucht, ob am Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder ob der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir grundsätzlich auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Wesentliche Bestimmungsfaktoren, ob ein Markt als aktiv oder inaktiv anzusehen ist, sind zum einen die Entwicklung der Geld-/Brief-Spannen und zum anderen die beobachtbaren Umsätze.

Nach unserer Einschätzung liegen bis auf einzelne Ausnahmen für die Wertpapiere aktive Märkte vor. Zur Bewertung haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise herangezogen. Bei einzelnen Wertpapieren (im Wesentlichen Geldmarktpapiere) erfolgte die Bewertung anhand berechneter Kurse unter Berücksichtigung der Parameter Restlaufzeit und Zins.

Anteile an Investmentkommanditgesellschaften, die wir im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen haben, bewerten wir entsprechend den Grundsätzen für die Bewertung von Beteiligungen.

Auf Wertpapiere, bei denen Leistungsstörungen bestehen, haben wir Abschreibungen auf den unter vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Rückzahlungswert vorgenommen. In diesen Fällen wurde auch von einer Vereinnahmung der Zinserträge – ungeachtet des Rechtsanspruchs – abgesehen.

Die Nassauische Sparkasse schließt Geschäfte in **derivativen Finanzinstrumenten** im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sowie zur Absicherung von Zins-, Adress-, Marktpreis- und Währungsrisiken aus dem allgemeinen Bankgeschäft und darüber hinaus als Handelsgeschäfte ab. Kontrahenten sind überwiegend Landesbanken. Zum Bilanzstichtag befinden sich Derivate des Handelsbestands in geringem Umfang im Bestand; Derivate in Bewertungseinheiten bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswaps wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs. Die zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken abgeschlossenen Kassa- und Termingeschäfte sowie die im Kundengeschäft getätigten, grundsätzlich gegenläufigen Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte wurden gemäß § 256a HGB und § 340h HGB bewertet. Die Bewertung der Handelsgeschäfte mit Fremdwährungsrisiken erfolgte gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben.

Zins-/Währungsswaps werden in die besondere Deckung nach § 340h HGB einbezogen.

Die übrigen derivativen Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts hat sich die Nassauische Sparkasse auf Marktwerte und auf Marktwerte einzelner Bestandteile von Finanzinstrumenten bzw. auf Marktwerte gleichwertiger Instrumente gestützt.

Bei Zinsderivaten erfolgt die Bewertung grundsätzlich nach der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Zinsstrukturkurven.

Sofern insbesondere bei Optionen keine Marktwerte vorhanden waren, wurde der beizulegende Wert mithilfe eines anerkannten Bewertungsmodells ermittelt. Dabei wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach den aktuellen Zinsstrukturkurven ergeben, und Volatilitäten, die auf Basis

aktueller Marktdaten vergleichbarer Instrumente ermittelt wurden.

Kreditderivate werden entsprechend den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 bilanziert und bewertet. Dabei werden Kreditderivate, die nach der genannten Stellungnahme als „erhaltene Kreditsicherheiten“ einzustufen sind, nicht eigenständig bilanziert, sondern bei der Bewertung der besicherten Forderung, d. h. bei der Ermittlung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, berücksichtigt.

Kreditderivate, die mit keinem anderen Geschäft der Sparkasse in Verbindung stehen (**„freistehende Kreditderivate“**) und bei denen wir als Sicherungsgeber auftreten, haben wir ausschließlich in Bezug auf Adressausfallrisiken abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, diese Kreditderivate bis zur Endfälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten. Sie werden entsprechend den Grundsätzen für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft behandelt und als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Wird am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des vereinbarten Kreditereignisses gerechnet, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die ausgewiesene Eventualverbindlichkeit wird um den Betrag der gebildeten Rückstellung gekürzt.

Für die Bewertung der im Rahmen der Sparkassen Kreditbaskets abgeschlossenen Credit-Linked-Notes, die aus einer Schuldverschreibung und einem Credit-Default-Swap bestehen, wurden Bewertungsmodelle herangezogen. Bei den Modellen wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, sowie Ausfall- und Übergangswahrscheinlichkeiten, die sich aus der Migrationsmatrix des DSGV bzw. nach den aktuellen Ratingnoten der im Kreditpool enthaltenen Adressrisiken ergeben.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Bei den **Gebäuden** erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit Abschreibungssätzen zwischen 2 % und 4 %. Mietereinbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. **Geringwertige Wirtschaftsgüter**, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren Wert nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bzw. ihrem Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Die Nassauische Sparkasse hat ihren Mitarbeitern **betriebliche Altersversorgung** im Durchführungsweg der Direktzusage zugesagt, daneben bestehen Zusagen im Rahmen einer deferred compensation. Zur Absicherung und Finanzierung der Pensionsverpflichtungen und als Reaktion auf die handelsbilanziellen Belastungen aufgrund der Niedrigzinsphase hat die Nassauische Sparkasse im Jahr 2015 für wesentliche Teile der Versorgungsverpflichtungen den Durchführungsweg gewechselt. Die betroffenen Versorgungsverpflichtungen wurden in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds bei der Allianz Pensionsfonds AG, Stuttgart, überführt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2016 Vermögenswerte zur Absicherung weiterer Versorgungsverpflichtungen zur treuhänderischen Verwaltung an den Treuhandverein der Nassauischen Sparkasse e.V., Frankfurt übergeben und so bilanziell verrechnungsfähiges Deckungsvermögen geschaffen (CTA: Contractual Trust Arrangement). Ab 2016 neu entstandene Versorgungsverpflichtungen wurden überwiegend auf die Unterstützungskasse der Nassauischen Sparkasse e.V., Frankfurt übertragen.

Für die übertragenen Verpflichtungen haftet die Nassauische Sparkasse weiterhin subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG.

Zum Abschlussstichtag liegt eine vollständige Ausfinanzierung des **Pensionsfonds** bezogen auf den not-

wendigen Erfüllungsbetrag der betreffenden Versorgungsverpflichtungen gemäß § 340a Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 HGB vor. Der notwendige Erfüllungsbetrag der übertragenen Altersversorgungsverpflichtungen wird durch das im Pensionsfonds zur Verfügung stehende Vermögen gedeckt.

Die zur Finanzierung und Absicherung der Altersversorgungsverpflichtungen in der **CTA-Struktur** durch den Treuhänder verwalteten Vermögenswerte werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Vermögensgegenstände wurden nach § 246 Abs. 2 HGB mit den korrespondierenden Altersversorgungsverpflichtungen verrechnet. Im Einzelnen verweisen wir auf Abschnitt B II. des Anhangs.

Der handelsrechtliche Rückstellungswert zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 für die nicht übertragenen Versorgungsverpflichtungen, wird gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck Richttafeln 2005G und ein Zinssatz von 4,01 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Als Diskontierungszins wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Zins herangezogen.

Darüber hinaus wurden im Wesentlichen folgende Parameter angewandt:

Rentendynamik	1,50 %
Tarifdynamik	2,00 %
Bezügedynamik (einschließlich Gehaltstrend)	2,40 %

Aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung wurde dabei für die Abzinsung erstmals ein Durchschnittszinssatz angewendet, dem ein zehnjähriger Betrachtungszeitraum zugrunde liegt. Die Rückstellungen für die nicht an den Pensionsfonds oder die Unterstützungskasse übertragenen Versorgungsverpflichtungen haben sich durch den zehnjährigen Betrachtungszeitraum um 7,9 Mio. EUR reduziert. Das im GuV Posten 12 ausgewiesene Aufzinsungsergebnis hat sich um diesen Betrag vermindert.

Für die Ermittlung einer nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebenden etwaigen Unterdeckung des Pensionsfonds und der Unterstützungskasse wird der handelsrechtliche Rückstellungswert der betreffenden Versorgungsverpflichtungen (notwendiger Erfüllungsbetrag nach § 340a Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB, der nach den vorstehend beschriebenen Grundsätzen bewertet ist) dem beizulegenden Zeitwert des

Pensionsfondsvermögens bzw. des Vermögens der Unterstützungskasse gegenübergestellt.

Ein Fehlbetrag war für den Pensionsfonds zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

Aus der Durchführung der Altersversorgungsverpflichtung über die Unterstützungskasse resultieren am Bilanzstichtag Fehlbeträge in Höhe von 9,7 Mio. EUR, für die gemäß Art. 28 Abs.1 Satz 2 EGHGB keine Rückstellung passiviert wurde.

Für Versorgungsverpflichtungen ehemaliger Mitarbeiter, für die die Naspa im Jahr 2015 den Schuldbeitritt erklärt hat, wird die hierfür zu bildende Rückstellung (15,5 Mio. EUR) nunmehr im Passivposten 7a) ausgewiesen (Vorjahr: Passivposten 7c) und in die Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB einbezogen. Im Einzelnen verweisen wir hierzu auf die entsprechenden Angaben im Abschnitt II. Aufgrund der Neuregelung für die Abzinsung wurde hier ebenfalls ein Durchschnittszinssatz angewendet, dem ein zehnjähriger Betrachtungszeitraum zugrunde liegt. Die Rückstellung hat sich durch die Umstellung auf den zehnjährigen Betrachtungszeitraum um 2,5 Mio. EUR reduziert. Das im GuV Posten 12 ausgewiesene Aufzinsungsergebnis hat sich entsprechend vermindert.

Die übrigen **Rückstellungen** werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt, in Einzelfällen haben wir hierbei auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Sofern die Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt, haben wir die Rückstellungen mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Für Veränderungen des Verpflichtungsumfanges wird die Annahme getroffen, dass diese zum Periodenende eingetreten sind.

Soweit es sich um bankspezifische Grundgeschäfte handelt, werden Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch die Aufwendungen zur Rückstellungsdotierung ausgewiesen werden. Andernfalls weisen wir diese Veränderungen in den GuV-Posten

„Sonstige betriebliche Erträge“ oder „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ aus.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die institutsspezifischen Refinanzierungskosten, die Verwaltungsaufwendungen und die Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Die **Einlagen stiller Gesellschafter** in einer Gesamthöhe von 100,0 Mio. EUR sind befristet bis zum 31. Dezember 2032.

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (sogenannte „**Negativzinsen**“) werden im GuV Posten 1 ausgewiesen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV Posten 2 ausgewiesen.

Die **Währungsumrechnung** erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der Gesamtposition je Währung vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den GuV-Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassengeschäfte werden zum EZB-Referenzkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzpositionen, erfolgt die Bewertung des Termingeschäfts anhand des gespaltenen Terminkurses in Verbindung mit einer Reststellenanalyse. Umrechnungsdifferenzen aus Beständen außerhalb der besonderen Deckung werden grundsätzlich unter Berücksichtigung des § 256a HGB gebucht und in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch das übrige Bewertungsergebnis des entsprechenden Geschäfts ausgewiesen wird.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz sowie zu den Posten unter dem Bilanzstrich

I. POSTENBEZOGENE ANGABEN

FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten „Forderungen an Kreditinstitute“ sind keine Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

b) Forderungen an die eigene Girozentrale

Als unsere Girozentrale war die Landesbank Hessen-Thüringen in Frankfurt am Main und Erfurt (Helaba) tätig. Im Posten sind Forderungen in Höhe von 1.840 TEUR (Vorjahr: 1.921 TEUR) enthalten.

c) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten sind insgesamt nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von 10.814 TEUR (Vorjahr: 9.075 TEUR) enthalten, diese entfallen vollständig auf den Unterposten „b) andere Forderungen“.

FORDERUNGEN AN KUNDEN

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten „Forderungen an Kunden“ sind Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

b) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten sind nachrangige Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 69.359 TEUR (Vorjahr: 69.621 TEUR) enthalten.

Forderungen an				
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag	5.928	6.876	155.694	166.547

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sind keine Forderungen an

verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

b) Börsenfähige Wertpapiere

Börsenfähige Wertpapiere			
insgesamt	davon		darunter:
	börsen-notiert	nicht börsen-notiert	nicht mit dem Niederstwert bewertet
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1.108.658	934.516	174.142	-

c) Angaben zu den Finanzanlagen

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens wurden vollständig mit dem beizulegenden Zeitwert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB bewertet (strenges Niederstwertprinzip).

**AKTIEN UND ANDERE NICHT
FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE**
a) Börsenfähige Wertpapiere

Börsenfähige Wertpapiere			
insgesamt	davon		darunter:
	börsen-notiert	nicht börsen-notiert	nicht mit dem Niederstwert bewertet
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
22.735	-	22.735	-

b) Angaben zu den Finanzanlagen

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens wurden vollständig mit dem beizulegenden Zeitwert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB bewertet (strenges Niederstwertprinzip).

HANDELSBESTAND

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands setzen sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt zusammen:

Finanzinstrumente des Handelsbestands	
	TEUR
Derivative Finanzinstrumente	59

Den beizulegenden Zeitwert der derivativen Finanzinstrumente haben wir anhand einer Bewertungsmethode ermittelt und anhand des EZB-Referenzkurses bewertet. Daneben wurden die folgenden Bewertungs-

d) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

c) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von 22.734 TEUR (Vorjahr: 21.655 TEUR) enthalten.

parameter verwendet: Zinssätze, die sich nach den aktuellen Zinsstrukturkurven ergeben, und Volatilitäten, die auf Basis aktueller Marktdaten vergleichbarer Instrumente ermittelt wurden.

Dabei haben wir die erwarteten zukünftigen Cashflows auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven diskontiert.

Die wesentlichen Bedingungen für die im Handelsbestand enthaltenen derivativen Finanzinstrumente stellen sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

Währungsbezogene Derivate			
Kategorie	Umfang in TEUR	Art	Wesentliche Bedingungen (Risiken), mit Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme
währungsbezogene Derivate	3.000	Call-Devisenoption (European Style)	Währungsrisiko

BETEILIGUNGEN

a) Börsenfähige Wertpapiere

Börsenfähige Wertpapiere			
insgesamt	davon		darunter:
	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertet
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
463	–	463	–

b) Anteilsbesitz

Unter den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

Gesellschaft	Sitz	Kapitalanteil	Eigenkapital	Ergebnis	Jahr des Abschlusses
		%	TEUR	TEUR	
S-CountryDesk GmbH	Köln	2,5	370	47	2015
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	Bad Homburg	1,0	616.480	45.432	2015
Erste Hessisch-Thüringische-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG	Sömmerda	25,6	314	216	2016
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG	Neuhardenberg	1,2	3.264.309	46.371	2015
Hessisch-Thüringische-Sparkassen-Beteiligungs GmbH	Frankfurt	10,4	1.784	704	2015
HPM Freundeskreis GbR	Frankfurt	2,6	200	0	2015
neue leben Pensionsverwaltung AG	Hamburg	4,7	2.395	-20.929	2015
Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH	Oestrich-Winkel	0,6	125	2	2015
Rüdesheim Tourist AG	Rüdesheim am Rhein	0,8	257	9	2015
Schufa Holding AG	Hamburg	0,1	58.073	20.747	2015
SGVHT	Frankfurt	10,4			
Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.)	La Hulpe, Belgien	0,0	387.876	19.493	2015
Wolfgang Steubing AG	Frankfurt	3,3	30.633	7	2016
teliko GmbH	Limburg	14,4	4.049	180	2015
VMU Venture-Capital Mittelrhein Unternehmensbeteiligungsges. mbH	Koblenz	4,4	4.350	-52	2015
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH	Limburg	5,0	341	32	2015
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Lahn mbH	Bad Ems	35,1	10.449	186	2015
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Westerwaldkreis mbH	Montabaur	11,5	730	73	2015
Zweite Hessisch-Thüringische-Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG	Battenberg	31,0	426	265	2016
Zweite Hessisch-Thüringische-Sparkassen-Kapitaleinlagenverwaltungsgesellschaft mbH	Battenberg	25,0	27	1	2016

Darüber hinaus halten wir eine Beteiligung an der VISA Europe Limited (Sitz: London, Groß-Britannien), die wir aufgrund fehlender Anschaffungskosten nicht bilanziert haben.

c) Angaben zu den Finanzanlagen

Die Beteiligungen sind vollständig mit dem beizulegenden Zeitwert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB bewertet.

d) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten „Beteiligungen“ sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

a) Börsenfähige Wertpapiere

Im Posten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

b) Anteilsbesitz

Unter dem Posten werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

Gesellschaft	Sitz	Kapitalanteil	Bilanzsumme	Umsatzerlöse	Eigenkapital	Ergebnis
		%	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Naspa-Direkt GmbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	100,0	294	3.393	256	0
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	22.304	695	22.279	186
Naspa Immobilien GmbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	100,0	706	2.361	25	400
Naspa-Versicherungs-Service GmbH ¹⁾⁴⁾⁵⁾	Wiesbaden	75,0	4.486	10.673	511	6.137
Nassovia Beteiligungs GmbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	100,0	128	13	112	12
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	6.835	6.463	5.979	1.231
S-Servicepartner Rhein-Main GmbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	70,0	944	6.451	300	388
Schloß Vollrads GmbH ³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	145	0	139	2
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG ²⁾³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	6.159	1.061	3.360	-653
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG ³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	9.325	4.322	8.847	835

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Ergebnisübernahme durch die Naspa.

³⁾ Abweichendes Geschäftsjahr (30. Juni 2016).

⁴⁾ Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Vermittlungsgeschäften.

⁵⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungsvertrag.

d) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

e) Konzernabschluss

Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen einschließlich der als Tochter-Zweckgesellschaften zu qualifizierenden Einheiten Pensionsfonds und Unterstützungskasse insgesamt von unter-

c) Angaben zu den Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit dem beizulegenden Zeitwert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB bewertet.

geordneter Bedeutung, sodass gemäß § 290 Abs. 5 i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB keine Verpflichtung zur Aufstellung eines handelsrechtlichen Konzernabschlusses besteht. Nachfolgend werden der Verzicht auf die Konsolidierung des Pensionsfonds und der Unterstützungskasse aufgrund der erfolgten Änderung des Durchführungswegs für die betroffenen Teile der Pensionszusagen gesondert dargestellt.

Die auf die **Allianz Pensionsfonds AG** übertragenen Versorgungsverpflichtungen sowie die zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zugeordneten Deckungsmittel qualifizieren grundsätzlich als Tochter-Zweckgesellschaft der Naspa nach § 340i Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB. Wie vorstehend dargestellt macht die Naspa bezogen auf die Tochter-Zweckgesellschaft von dem Einbeziehungswahlrecht gemäß § 290 Abs. 5 i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB Gebrauch.

Würde die Naspa von dem Einbeziehungswahlrecht keinen Gebrauch machen, so wären in dem dann aufzustellenden handelsrechtlichen Konzernabschluss der Naspa die Deckungsmittel (handelsrechtliches Deckungsvermögen), bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert, und die Pensionsverpflichtungen (Deckungsrückstellungen), bewertet mit den geschäftszweigspezifischen Wertansätzen bei dem nicht-versicherungsförmigen Pensionsfonds (§ 13 RechPensV i.V.m. § 24 PFAV), sowie die damit zusammenhängenden Aufwendungen und Erträge der Tochter-Zweckgesellschaft weitgehend zu verrechnen. Die unverrechneten Werte sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen. Die Deckungsmittel werden, sofern keine Marktpreise vorliegen, anhand allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bewertet. Die Fondsanteile wurden dabei mit dem ermittelten Rückkaufwert, die Rückdeckungsversicherung entsprechend der Bestätigung der Versicherungsgesellschaft (Aktivwert) bewertet.

	Bilanzposten	Anschaffungskosten	Zeitwert
Verrechnetes Deckungsvermögen	Aktiva	Mio. EUR	Mio. EUR
Kasse	3. Forderungen an Kreditinstitute	0,4	0,4
Pensionsfondsanteile	6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	491,3	517,8
Rückdeckungsversicherung	13. Sonstige Vermögensgegenstände	32,6	32,9
			551,1
Verrechnete Schulden Deckungsrückstellungen ¹⁾	Passiva		Erfüllungsbetrag
Versorgungsverpflichtungen	7a). Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		551,1
Saldo aus der Vermögensverrechnung			–

Die Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen stellt sich wie folgt dar:

Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen		
	GuV-Posten	Mio. EUR
Verrechnete Aufwendungen ²⁾	12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	28,2
Verrechnete Erträge	8. Sonstige betriebliche Erträge	28,2
Saldo aus der Verrechnung		–

¹⁾ Der Erfüllungsbetrag ergibt sich aufgrund des Charakters als mittelbare Zusage und der Übernahme der geschäftszweigspezifischen Bewertungsvorschriften nach § 13 RechPensV i.V.m. § 24 PFAV.

²⁾ Bei den „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen mit Zinscharakter.

Die auf die **Unterstützungskasse der Nassauischen Sparkasse e.V.** übertragenen Versorgungsverpflichtungen sowie die zur Erfüllung der Verpflichtungen zugeordneten Deckungsmittel qualifizieren diese grundsätzlich ebenfalls als Tochter-Zweckgesellschaft der Naspa nach § 340i Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB. Würde die Naspa bezogen auf die Tochter-Zweckgesellschaft von dem Einbeziehungswahlrecht keinen Gebrauch ma-

chen, so würde in dem dann zum 31. Dezember 2016 aufzustellenden handelsrechtlichen Konzernabschluss der Naspas an die Stelle der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden eine Pensionsrückstellung in Höhe eines Betrages von 2,7 Mio. EUR treten, d. h., die in Rede stehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben zum Stichtag bei wirtschaftlicher Betrachtung den Charakter einer Pensionsverpflichtung. Darüber hinaus würden sich bei einer Einbeziehung der Tochter-Zweckgesellschaft im Konzernabschluss keine Unterschiede beim Vermögens- oder Erfolgsausweis gegenüber demjenigen im Jahresabschluss ergeben.

TREUHANDVERMÖGEN

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden.

IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

In dem Posten sind keine selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände enthalten.

SACHANLAGEN

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit Buchwerten von 43,6 Mio. EUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind als wesentliche Einzelposten 22,8 Mio. EUR Steuererstattungsansprüche und 15,9 Mio. EUR abgeschlossene Rückdeckungsversicherungen enthalten. Die im Vorjahr in diesem Posten enthaltenen Barmittel, die wir an ein Werttransportunternehmen übergeben hatten, sind jetzt im Aktivposten 1a „Kassenbestand“ ausgewiesen.

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind keine Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

b) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

Aktivseite		
	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR
Agio aus Forderungen	902	1.178
Disagio aus Verbindlichkeiten (§ 250 Abs. 3 HGB)	262	273

AKTIVE LATENTE STEUERN

Angaben nach § 285 Nr. 30 HGB

Steuerforderungen aus latenten Steuern		
	2016	2015
	TEUR	TEUR
Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren aus:		
Steuerlichen Verlustvorträgen	–	–
Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen	115.647	129.511

Die aktiven latenten Steuern verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 13,9 Mio. EUR.

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber				
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamt	-	-	742	11.134

b) Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale

Als unsere Girozentrale war die Landesbank Hessen-Thüringen in Frankfurt am Main und Erfurt (Helaba) tätig. Im Posten sind Verbindlichkeiten in Höhe von 202.284 TEUR (Vorjahr: 210.101 TEUR) enthalten.

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

Im Posten sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber				
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamt	26.308	12.138	20.842	20.749

TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf den Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind als wesentliche Einzelposten 7,5 Mio. EUR Steuerverbindlichkeiten und 3,0 Mio. EUR Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie 3,0 Mio. EUR Verbindlichkeiten auf stille Einlagen enthalten.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR
Disagio aus Forderungen	502	727

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Im Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Bei den am Bilanzstichtag bestehenden unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um Buchkredite und Avalkredite. Keine der Zusagen ist für die Gesamttätigkeit der Nassauischen Sparkasse von wesentlicher Bedeutung.

II. MEHRERE POSTEN DER BILANZ BETREFFENDE ANGABEN

FRISTENGLIEDERUNG

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	56.000	101.000	5.113	5.000	–	–
4. Forderungen an Kunden	435.863	637.703	2.488.532	5.205.383	320.078	–
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	–	–	–	164.296
Passiva						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	54.101	75.502	459.178	603.091	–	–
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	21.313	67.598	20.463	–	–	–
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	139.512	192.777	16.793	244.387	–	–
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	13.700
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	–	–	–	–	–	–

Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

FINANZANLAGEN

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen des Geschäftsjahrs	Buchwert inkl. abgegrenzter Zinsen	
			01.01.2016	31.12.2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	305.116	2.234	307.055	304.821
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	55.635	728	34.140	33.412
Beteiligungen	134.028	-633	86.052	86.685
Anteile an verbundenen Unternehmen	33.395	1.575	30.907	29.332

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

SACHANLAGEN, IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	Sachanlagen			Immaterielle Anlagewerte	Sonstige Vermögens- gegenstände ohne abge- grenzte Zinsen
	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau		
	TEUR	TEUR	TEUR		
Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand am 01.01.2016	226.058	92.585	611	22.340	-
Zugänge	661	6.380	384	273	-
Abgänge	1.649	8.924	28	6.235	-
Umbuchungen	94	435	-529	-	-
Stand am 31.12.2016	225.163	90.477	438	16.378	-
kumulierte Abschreibungen					
Stand am 01.01.2016	165.900	74.311	-	20.694	-
Abschreibungen des Geschäftsjahrs	5.459	3.595	-	442	-
Zuschreibungen des Geschäftsjahrs	-	-	-	-	-
kumulierte Abschreibungen auf Abgänge	1.212	8.631	-	6.103	-
kumulierte Abschreibungen auf Zugänge	-	-	-	-	-
Stand am 31.12.2016	170.147	69.275	-	15.033	-
Buchwert am 31.12.2016	55.017	21.202	438	1.346	-
Buchwert am 31.12.2015	60.158	18.274	611	1.646	-

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 48.663 TEUR und Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 87.719 TEUR.

ANGABEN ZUR VERRECHNUNG GEMÄß § 246 ABS. 2 HGB

Im Zusammenhang mit der Bilanzierung der Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge wurden Vermögensgegenstände und Schulden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in nachfolgend dargestelltem Umfang auf-

grund der Schaffung des CTA miteinander verrechnet:

Der Bilanzansatz zum 31. Dezember 2016 erfolgt bei den verrechneten Vermögensgegenständen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB zum beizulegenden Zeitwert, der mit dem Erfüllungsbetrag der Schulden verrechnet wird.

Die Vermögensgegenstände werden, sofern keine Marktpreise vorliegen, anhand allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes erfolgte als Barwert unter Berücksichtigung marktüblicher Zinssätze. Bei den verrechneten Schulden handelt es sich um Altersversorgungsverpflichtungen.

Bilanzposten		Anschaffungskosten	Beizulegender Zeitwert
		Mio. EUR	Mio. EUR
Aktiva 3	Forderungen an Kreditinstitute	2,8	2,8
Aktiva 4.	Forderungen an Kunden	66,3	66,3
Aktiva 12.	Sachanlagen	5,2	5,2
Verrechnetes Deckungsvermögen		74,3	74,3
			Erfüllungsbetrag
Passiva 7a.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		74,3
Verrechnete Schulden			74,3
Saldo aus der Vermögensverrechnung			-

Da das Deckungsvermögen erst zum Ende des Jahres 2016 gebildet wurde, ergaben sich keine nennenswerten Erträge (enthalten im GuV-Posten „Zinserträge“ mit

TEUR 0), die mit den Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen zu saldieren waren (Ausweis im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“).

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Neben den als Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe dienenden Forderungen (vgl. Angaben zum Pfandbriefgeschäft) wurden für folgende Bilanzposten Vermögensgegenstände in angegebener Höhe als Sicherheit übertragen:

	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.810.456	1.799.400
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-
Eventualverbindlichkeiten	-	-
Andere Verbindlichkeiten	-	-

Der unter dem Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ ausgewiesene Betrag betrifft zum 31. Dezember 2016 mit 799,1 Mio. EUR Buchwerte von Wertpapieren, die in das Pfanddepot der Deutschen Bundesbank für Refinanzierungszwecke eingeliefert wurden, mit 639,0 Mio. EUR abgetretene Darlehensforderungen und mit 362,9 Mio. EUR abgetretene Weiterleitungsdarlehen. Außerdem sind als Sicherheit für eigene Geschäfte und Kundengeschäfte an der Eurex Deutschland Wertpapiere mit Buchwerten in Höhe von 2,0 Mio. EUR und bei Clearstream Wertpapiere mit Buchwerten in Höhe von 7,3 Mio. EUR hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestanden keine entsprechenden Verbindlichkeiten.

Zum Bilanzstichtag 2016 betragen die für Refinanzierungszwecke besicherten Verbindlichkeiten 230,0 Mio. EUR.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. POSTENBEZOGENE ANGABEN

ZINSERTRÄGE

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (sogenannte „Negativzinsen“) sind in Höhe von 0,7 Mio. EUR in den Zinserträgen enthalten.

ZINSAUFWENDUNGEN

Empfangene Negativzinsen für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder sind in Höhe von 1,5 Mio. EUR in den Zinsaufwendungen enthalten.

In den Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 23,7 Mio. EUR (Vorjahr: 6,8 Mio. EUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

PROVISIONSERTRÄGE

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Investmentanteile, Bausparverträge, etc.).

NETTOERGEBNIS DES HANDELSBESTANDES

Eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) in Höhe von 10 % des Nettoertrags des Handelsbestandes gem. § 340e HGB haben wir aufgrund des negativen Ergebnisses nicht vorgenommen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten 7,3 Mio. EUR Zinserträge auf Steuererstattungsansprüche sowie 11,1 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, überwiegend für Versorgungsverpflichtungen.

ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN

Die Abschreibungen enthalten ausschließlich planmäßige Abschreibungen.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung sind in dem Posten Aufwendungen in Höhe von 7,7 Mio. EUR enthalten, denen Erträge in Höhe von 11,1 Mio. EUR gegenüberstehen.

JAHRESÜBERSCHUSS

Aufgrund **steuerrechtlicher Abschreibungen** auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um rund 0,1 Mio. EUR über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

BILANZGEWINN

a) Ausschüttungsgesperrte Beträge

Die Darstellung der ausschüttungsgesperrten Beträge erfolgt aufgrund der Fortentwicklung der herrschenden Meinung abweichend zum Vorjahr mit ihrem Bruttowert.

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge nach § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 115,6 Mio. EUR entfällt vollständig auf die Aktivierung latenter Steuern. Zudem sind nach § 253 Abs. 6 S. 2 HGB weitere 10,4 Mio. EUR ausschüttungsgesperrt; bedingt durch die geänderte Anwendung eines Durchschnittszinssatzes (10-jähriger Betrachtungszeitraum) bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen.

Die zur Unterlegung von ausschüttungsgesperrten Beträgen in Vorjahren thesaurierten Gewinnbestandteile übersteigen die zuvor genannten ausschüttungsgesperrten Beträge. Daher besteht für den nach dem Hessischen Sparkassengesetz für eine Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn keine Ausschüttungssperre.

b) Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den für das Geschäftsjahr 2016 ausgewiesenen Bilanzgewinn vollständig der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

D. Sonstige Angaben

VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG

Nach Schluss des Geschäftsjahrs bestanden keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die in der Gewinn- und Verlustrechnung oder der Bilanz zu berücksichtigen gewesen wären.

ANGABE ZU TERMINGESCHÄFTEN GEMÄß § 36 RECHKREDV

Nominalbeträge der Termingeschäfte nach Restlaufzeiten				
	bis 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	insgesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsrisiken				
Zinsswaps	360.000	2.315.719	2.045.300	4.721.019
Zinsrisiken insgesamt	360.000	2.315.719	2.045.300	4.721.019
darunter Deckungsgeschäfte	360.000	2.315.719	2.045.300	4.721.019
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	191.104	2.120	–	193.224
Devisenoptionen				
– Käufe	3.300	–	–	3.300
– Verkäufe	300	–	–	300
Währungsrisiken insgesamt	191.704	2.120	–	196.824
darunter Handelsgeschäfte	3.000	–	–	3.000
darunter Deckungsgeschäfte	191.704	2.120	–	193.824
Adressrisiken				
Credit-Default-Swaps				
– Sicherungsnehmer	10.600	74.000	–	84.600
– Sicherungsgeber	9.960	72.241	–	82.201
Adressrisiken insgesamt	20.560	146.241	–	166.801
darunter Deckungsgeschäfte	20.560	146.241	–	166.801
Gesamt	575.264	2.464.080	2.045.300	5.084.644

Kundengruppengliederung		
	Nominalwerte	
	31.12.2016	31.12.2015
Banken in der OECD	4.826.475	3.986.917
Sonstige Kontrahenten	258.169	211.763
Gesamt	5.084.644	4.198.680

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Nominalwerte		beizulegende Zeitwerte zum 31.12.2016	
	31.12.2016	31.12.2015	positive	negative
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsrisiken				
Zinsswaps	4.721.019	3.827.433	78.900	21.256
Zinsrisiken insgesamt	4.721.019	3.827.433	78.900	21.256
Adressrisiken				
Credit-Default-Swaps				
– Sicherungsnehmer	84.600	74.100	44	483
Credit-Default-Swaps				
– Sicherungsgeber	82.201	72.582	320	–
Adressrisiken insgesamt	166.801	146.682	364	483
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	193.224	177.871	6.398	1.195
– davon Handelsbestand	(–)	(–)	(–)	(–)
Devisenoptionsgeschäfte	3.600	30.296	63	4
– davon Handelsbestand	(3.000)	(30.000)	(59)	(–)
Zins-/Währungsswaps	–	16.398	–	–
Währungsrisiken insgesamt	196.824	224.565	6.461	1.199
Gesamt	5.084.644	4.198.680	85.725	22.938

Die Derivate auf Zinsrisiken beinhalten 4.721,0 Mio. EUR Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuchs.

Die Derivate auf Währungsrisiken beinhalten 103,3 Mio. EUR Absicherungsgeschäfte, 90,5 Mio. EUR gedeckte Kundengeschäfte und 3,0 Mio. EUR Handelsgeschäfte. Die Derivate auf Kreditrisiken beinhalten 166,8 Mio. EUR Absicherungs- bzw. Steuerungsgeschäfte.

Die angegebenen Zinsderivate bestehen mit einem Nominalvolumen von 4,7 Mrd. EUR und positiven bzw. negativen Marktwerten von 78,9 Mio. EUR bzw. 21,3 Mio. EUR zur Steuerung des Zinsbuchs. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs; wir verweisen auf die Ausführungen in Abschnitt „A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Buchwerte von 4 TEUR bzw. 5 TEUR (Optionen) betreffen aktivierte bzw. passivierte Optionsprämien, die unter dem Aktivposten 13 („Sonstige Vermögensgegenstände“) bzw. dem Passivposten 5 („Sonstige Verbindlichkeiten“) ausgewiesen werden. Daneben wurde eine Drohverlustrückstellung von 155 TEUR für Credit Default Swaps unter dem Passivposten 7c („Sonstige Rückstellungen“) ausgewiesen.

**ANGABEN ZU DEN BEWERTUNGSEINHEITEN
GEMÄß § 254 HGB**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden von uns keine Bewertungseinheiten nach § 254 HGB gebildet.

PFANDBRIEFGESCHÄFT

Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet über www.naspa.de erfüllt.

Der Umlauf der **Hypothekendarlehenpfandbriefe** und die **Deckungsmassen** gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 ff. PfandBG stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehenpfandbriefe	460.000	460.000	370.000	370.000
Deckungsmasse	529.075	529.075	457.281	457.281
darunter:				
– Deckungswerte nach § 4 Abs. 1 bzw. 1a PfandBG	(20.000)	(20.000)	(20.000)	(20.000)
– Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Derivate gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
Überdeckung	69.075	69.075	87.281	87.281

	31.12.2016			31.12.2015		
	Barwert	Risikobarwert ¹⁾		Barwert	Risikobarwert ¹⁾	
		(Stresstest: +250 Bp ²⁾)	(Stresstest: –250 Bp ²⁾)		(Stresstest: +250 Bp ²⁾)	(Stresstest: –250 Bp ²⁾)
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehenpfandbriefe	499.308	404.002	528.366	398.613	322.120	434.833
Deckungsmasse	594.671	524.913	603.158	512.809	454.382	527.205
Überdeckung	95.363	120.911	74.792	114.196	132.262	92.372

¹⁾ Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren der Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

²⁾ Bp = Basispunkte

Weitere Deckung nach Ländern und Art der gesetzlichen Begrenzung						
	§ 19 Abs. 1 Nr. 2 ohne § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 PfandBG		darunter Forderungen im Sinne des Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013		§ 19 Abs. 1 Nr. 3 zzgl. § 19 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 PfandBG	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Deutschland	–	–	–	–	20.000	20.000

Die von uns ausgegebenen Hypothekendarlehen weisen folgende Laufzeitstruktur und die dazugehörigen Deckungsmassen folgende Zinsbindungsfristen auf (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG):

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
bis sechs Monate	–	–	34.818	41.787
über sechs Monate bis zwölf Monate	–	–	9.375	8.696
über zwölf Monate bis achtzehn Monate	–	–	12.384	15.721
über achtzehn Monate bis zwei Jahre	–	–	8.616	5.687
über zwei bis drei Jahre	–	–	27.622	21.281
über drei bis vier Jahre	–	–	35.523	26.304
über vier bis fünf Jahre	–	–	71.838	36.364
über fünf bis zehn Jahre	285.000	265.000	294.600	286.361
über zehn Jahre	175.000	105.000	34.300	15.081

Die Deckungsmassen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. a) PfandBG in folgende Größenklassen:

	31.12.2016	31.12.2015
	Nennwert	Nennwert
	TEUR	TEUR
bis einschließlich 0,3 Mio. EUR	225.197	193.556
über 0,3 Mio. EUR bis einschließlich 1 Mio. EUR	148.482	125.923
über 1 Mio. EUR bis einschließlich 10 Mio. EUR	124.990	107.051
über 10 Mio. EUR	10.406	10.752

Die Deckungsmassen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. b) und c) PfandBG wie folgt:

	31.12.2016		31.12.2015	
	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Deutschland				
Eigentumswohnungen	–	42.653	–	35.856
Ein- und Zweifamilienhäuser	–	170.083	–	141.739
Mehrfamilienhäuser	–	206.304	–	173.392
Bürogebäude	29.749	–	27.958	–
Handelsgebäude	7.838	–	4.282	–
Industriegebäude	17.520	–	25.733	–
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	34.929	–	28.320	–
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	–	–	–	–
Bauplätze	–	–	–	–
Gesamtbetrag	90.036	419.040	86.293	350.987

Weitere Angaben zu den Hypothekendarlehen:

	31.12.2016	31.12.2015
prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte an der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	98,7	96,2
prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100,0	100,0
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit (Jahre) (§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG)	4,0	3,6
durchschnittlicher, anhand des Betrags der zur Deckung verwendeten Forderungen gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)	57,5	57,8

Im Jahr 2016 waren, ebenso wie im Jahr 2015, keine Zwangsversteigerungen bzw. Zwangsverwaltungen anhängig; Zwangsversteigerungen bzw. Übernahmen von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten erfolgten nicht. An den Bilanzstichtagen 2016 und 2015 ergaben sich keine Rückstände auf die von den Hypothekenschuldern zu entrichtenden Zinsen und Tilgungsleistungen.

Außerdem bestehen in diesen Portfolios, wie auch im Vorjahr, keine Deckungswerte und Verbindlichkeiten in fremder Währung (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG).

Der Umlauf der **Öffentlichen Pfandbriefe** sowie die **Deckungsmassen** gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 ff. PfandBG stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe	73.000	73.000	63.000	63.000
Deckungsmasse	83.152	83.152	79.484	79.484
darunter:				
– Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	(–)	(–)	(5.000)	(5.000)
– Derivate gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
Überdeckung	10.152	10.152	16.484	16.484

	31.12.2016			31.12.2015		
	Barwert	Risikobarwert ¹⁾		Barwert	Risikobarwert ¹⁾	
	TEUR	(Stresstest: +250 Bp ²⁾) TEUR	(Stresstest: –250 Bp ²⁾) TEUR	TEUR	(Stresstest: +250 Bp ²⁾) TEUR	(Stresstest: –250 Bp ²⁾) TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe	79.208	64.918	82.698	67.107	53.979	73.233
Deckungsmasse	91.688	81.005	92.647	87.774	77.377	90.391
Überdeckung	12.480	16.087	9.949	20.667	23.398	17.158

¹⁾ Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren der Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

²⁾ Bp = Basispunkte

Die von uns ausgegebenen Öffentlichen Pfandbriefe weisen folgende Laufzeitstruktur und die dazugehörigen Deckungsmassen folgende Zinsbindungsfristen auf (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG):

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
bis sechs Monate	-	-	-	-
über sechs Monate bis zwölf Monate	-	-	-	-
über zwölf Monate bis achtzehn Monate	-	-	-	5.000
über achtzehn Monate bis zwei Jahre	-	-	-	-
über zwei bis drei Jahre	-	-	1.443	-
über drei bis vier Jahre	-	-	2.389	1.536
über vier bis fünf Jahre	-	-	28.075	2.546
über fünf bis zehn Jahre	63.000	28.000	48.157	67.175
über zehn Jahre	10.000	35.000	3.087	3.226

Die zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach § 20 Abs. 1 PfandBG (Vorjahr: Deckungsmasse) gliedern sich gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG in folgende Größenklassen:

	31.12.2016	31.12.2015
	Nennwert	Nennwert
	TEUR	TEUR
bis einschließlich 10 Mio. EUR	31.331	25.615
10 Mio. EUR bis einschließlich 100 Mio. EUR	51.821	53.868
über 100 Mio. EUR	-	-

Die zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach § 20 Abs. 1 PfandBG (Vorjahr: Deckungsmasse) gliedern sich gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG wie folgt:

	31.12.2016	31.12.2015
geschuldet von	TEUR	TEUR
Deutschland		
Staat	-	-
regionale Gebietskörperschaften	28.574	17.738
örtliche Gebietskörperschaften	54.578	56.745
sonstige Schuldner	-	-
Gesamtbetrag	85.152	74.483
Europäische Investitionsbank	-	5.000

Weitere Angaben zu den Öffentlichen Pfandbriefen:

	31.12.2016	31.12.2015
prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte an der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100,0	93,7
prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100,0	100,0

Rückständige Leistungen auf die in die Deckungsmasse einbezogenen Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 3 PfandBG) bestehen bei den Öffentlichen Pfandbriefen zum Bilanzstichtag nicht (Vorjahr: -, TEUR). Des Weiteren bestehen in diesen Portfolios, wie auch im Vorjahr, keine Deckungswerte und Verbindlichkeiten in fremder Währung (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG).

Forderungen aus Exportkreditgeschäften (ECA-Forderungen) bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN FÜR PFANDBRIEFBANKEN
NACH § 2 ABS. 1 RECHKREDV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt zum 31. Dezember 2016 folgende zusätzliche Informationen:

Aktivseite		
	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) Hypothekendarlehen	–	–
b) Kommunalkredite	228,5	366,0
c) andere Forderungen	190,0	198,5
darunter:		
– täglich fällig	77,1	112,0
– gegen Beleihung von Wertpapieren	–	–
	418,5	564,5
4. Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	3.681,0	3.633,6
b) Kommunalkredite	1.018,5	944,2
c) andere Forderungen	4.396,9	4.244,4
darunter:		
– gegen Beleihung von Wertpapieren	44,3	47,6
	9.096,4	8.822,2
14. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	1,1	1,4
b) andere	2,5	2,3
	3,6	3,7

Passivseite		
	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	150,9	153,9
b) begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	65,5	55,5
c) andere Verbindlichkeiten	1.161,8	1.082,2
darunter:		
– täglich fällig	181,8	100,2
– zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
	1.378,2	1.291,6
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	211,1	117,7
b) begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	8,0	8,0
c) Spareinlagen	1.669,4	1.759,4
d) andere Verbindlichkeiten	6.634,6	6.817,4
darunter:		
– täglich fällig	6.259,0	6.236,7
– zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
	8.523,1	8.702,5
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenspfandbriefe	100,2	100,2
ab) Öffentliche Pfandbriefe	–	–
ac) sonstige Schuldverschreibungen	87,9	77,4
	188,1	177,6
6. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	0,5	1,3
b) andere	0,0	0,0
	0,5	1,3

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Real-darlehen (509,1 Mio. EUR) und die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe aufgeführten Darlehen (73,2 Mio. EUR) werden unter dem Bilanzposten Forderungen an Kunden, die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekenspfandbriefe (20,0 Mio. EUR) und der Öffentlichen Pfandbriefe (10,0 Mio. EUR) unter dem Bilanzposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen.

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Nassauische Sparkasse ist dem **bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Bedarfsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt damit über ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses vereint zwei Funktionen in sich.

Zum einen wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion in das Sicherungssystem integriert. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalls entschädigt werden. Für die Feststellung des Entschädigungsfalls ist die BaFin zuständig.

Daneben besteht die für die Institute im Vordergrund stehende Institutssicherungsfunktion fort. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der

sich die bankaufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenmittel errechnen) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Andere nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen sind nur von untergeordneter Bedeutung für die Finanzlage der Nassauischen Sparkasse.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER (§ 285 SATZ 1 NR. 9A UND NR. 9B HGB)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 2.200 TEUR. Der Vorsitzende des Vorstands, Herr Günter Högner, erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 600 TEUR. Herr Michael Baumann erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 114 TEUR. Herr Bertram Theilacker erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 493 TEUR. Herr Andreas Fabich (ausgeschieden am 1. September 2016) erhielt für seine Tätigkeit Bezüge in Höhe von 993 TEUR.

Die Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme von Herrn Fabich, haben gegenüber der Sparkasse Anspruch auf ein Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ergibt sich aus den aufgrund von § 20 Abs. 5 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz (HSpG) erlassenen Anstellungsrichtlinien des SGVHT. Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre jährlich steigenden Prozentsatz. Herrn Fabich wurde eine betriebliche Altersvorsorge über eine kongruent rückgedeckte Gruppen-Unterstützungskasse zugesagt.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes sowie an ihre Hinterbliebenen wurden Ruhegehälter in Höhe von 1.612 TEUR gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen insgesamt Pensionsverpflichtungen in Höhe von 21,7 Mio. EUR, die zum Teil ausgelagert wurden.

Die Aufwendungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates beliefen sich auf 151 TEUR.

KREDITE AN ORGANMITGLIEDER (§ 285 SATZ 1 NR. 9C HGB)

Zum Jahresende belaufen sich die Gesamtbeträge der gewährten Kredite und der eingegangenen Haftungsverhältnisse für die Mitglieder des Verwaltungsrates auf 3.921 TEUR und für die Mitglieder des Vorstandes auf -,- TEUR.

MITARBEITER/-INNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Mitarbeiter/-innen	2016	2015
Vollzeitkräfte	1.024	1.089
Teilzeit- und Ultimokräfte	484	506
	1.508	1.595
Auszubildende	101	113
Insgesamt	1.609	1.708

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen Thüringen, enthalten:

Abschlussprüferhonorar	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	403
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	56
Honorar für sonstige Leistungen	-
Insgesamt	459
(darunter für das Vorjahr)	(-)

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERN NACH § 285 SATZ 1 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz werden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nur bilanziert, wenn sie sich nach unserer Planung in der Zukunft durch zu versteuernde Gewinne ausgleichen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % (Vorjahr: 15,83 %) zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 14,87 % (Vorjahr: 14,51 %).

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 4,5 Mio. EUR, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 120,1 Mio. EUR überdeckt. Der Saldobetrag in Höhe von 115,6 Mio. EUR wird in den Posten „Aktive latente Steuern“ eingestellt. Die Veränderungen zum Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf Ansatzunterschiede aufgrund unterschiedlicher Wertansätze im Zusammenhang mit der Auslagerung von Pensionsverpflichtungen (§ 4e EStG) (rund 51 %), bei den Forderungen an Kunden (rund 28 %), den Rückstellungen (rund 15 %) sowie den übrigen Posten. Steuerliche Verlustvorträge bestanden zum 31. Dezember 2016 nicht.

Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender	Carsten Filges, Dipl.-Ingenieur, Mitarbeiter des Lahn- Dill-Kreises	Günter Kern, Staatssekretär im Minis- terium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland- Pfalz (bis 30. August 2016)	Petermartin Oschmann, Verbandsjurist des AGV HessenChemie (bis 30. August 2016)
Sven Gerich, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden	Dr. Oliver Franz, Leiter Dez. für Ordnung, Bürgerservice und Grün- flächen (VII) der Landes- hauptstadt Wiesbaden (ab 31. August 2016)	Helmut Klöckner, Verbandsbürgermeister der Verbandsgemeinde Nassau a. D. (bis 30. August 2016)	Ernst-Georg Peiter, Ortsbürgermeister der Gemeinde Miehlen (ab 31. August 2016)
Stv. Vorsitzender	Berthold R. Gall, Landrat des Main- Taunus-Kreises a. D. (bis 30. August 2016)	Ulrich Krebs, Landrat des Hoch- taunuskreises	Frank Puchtler, Landrat des Rhein- Lahn-Kreises (ab 31. August 2016)
Achim Schwickert, Landrat des Wester- waldkreises	Esther Gebhardt, Pfarrerin (ab 31. August 2016)	Uwe Lichte, Mitarbeiter der Naspa, Personalratsvertreter	Jens Prange-Wegmann, Mitarbeiter der Naspa, Leiter Finanz-Center (ab 31. August 2016)
Weitere Mitglieder	Markus Geis, Mitarbeiter der Naspa, Personalratsvertreter	Christoph Manjura, Referent der Geschäfts- leitung der AWO (ab 31. August 2016)	Heinz-Peter Schäfbuch, Mitarbeiter der Naspa, Referent Training und Coaching
Marion Adelman, Mitarbeiterin der Naspa, Personalratsvertreterin (bis 30. August 2016)	Rita Gröschel, Mitarbeiterin der Naspa, Vermögens- und Vor- sorgemanagerin Firmen- kunden	Albrecht Martin, Selbstständiger Energieberater (bis 30. August 2016)	Harald Schindler, Bürgermeister der Stadt Hochheim am Main a. D.
Burkhard Albers, Landrat des Rheingau- Taunus-Kreises	Patrick Hannappel, Mitarbeiter der Naspa, Leiter Finanz-Center	Manfred Michel, Landrat des Kreises Limburg-Weilburg	Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister der Gemeinde Löhnberg (bis 30. August 2016)
Silvia Andree, Mitarbeiterin der Naspa, Private Banking-Beraterin (bis 30. August 2016)	Bärbel Henrich-Bender, Mitarbeiterin der Naspa, Personalratsvertreterin (bis 30. August 2016)	Markus Molitor, Mitarbeiter der Naspa, Marktbetreuer im Pro- duktmanagement (ab 31. August 2016)	Harald Schweitzer, Konrektor a. D. (bis 30. August 2016)
Jürgen Banzer, Rechtsanwalt, Mitglied des Landtages Hessen	Andreas Immel, Mitarbeiter der Naspa, Firmenkundenberater (ab 31. August 2016)	Alexander Müller, selbstständiger EDV- Sachverständiger (ab 31. August 2016)	André Stolz, Leiter Risikomanage- ment der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) (ab 31. August 2016)
Uwe Becker, Bürgermeister und Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main	Prof. Dr. Lorenz Jarass, Professor für Wirtschafts- wissenschaften an der Hochschule RheinMain		Stefan Zimmermann, Mitarbeiter der Naspa, Leiter Finanz-Center
Michael Cyriax, Landrat des Main- Taunus-Kreises (ab 31. August 2016)			
Hildebrand Diehl, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden a. D. (bis 30. August 2016)			

Vorstand der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender

Günter Högner

Mitglieder

Michael Baumann (ab 17. Oktober 2016)

Bertram Theilacker

Andreas Fabich (bis 31. August 2016)

Mandate des Vorstandes und anderer Mitarbeiter im Sinne von § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Günter Högner _____ Mitglied des Verwaltungsrates der Landesbank
Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main
und Erfurt (ab 11. März 2016)

Wiesbaden, den 23. März 2017

Nassauische Sparkasse
– Der Vorstand –



Högner



Baumann



Theilacker

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG – „Länderspezifische Berichterstattung“

Die Nassauische Sparkasse hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Nassauischen Sparkasse besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Nassauische Sparkasse definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisi-

onsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 341,1 Mio. EUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten beträgt 1.500 zum Jahresende 2016.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 83,9 Mio. EUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 33,0 Mio. EUR ergibt sich ein Nettogewinn von 50,9 Mio. EUR. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Die Nassauische Sparkasse hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Nassauischen Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Nassauischen Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Nassauischen Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nassauischen Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Nassauischen Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 27. März 2017

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
– Prüfungsstelle –

Hülßen
Wirtschaftsprüfer

Winterstein
Wirtschaftsprüfer

Stellvertretende Vorstandsmitglieder für den Verhinderungsfall und Generalbevollmächtigte der Nassauischen Sparkasse

Friedhelm Seekatz	Stellvertretendes Vorstandsmitglied für den Verhinderungsfall Leiter Gesamtbanksteuerung
Thomas Vogt	Stellvertretendes Vorstandsmitglied für den Verhinderungsfall Leiter Firmenkundengeschäft Region Mitte
Gerd Räth	Generalbevollmächtigter Leiter Vertriebsmanagement Privatkunden
Dr. Michael Sohl	Generalbevollmächtigter Leiter Zentrale Dienste